

vom Ratsbüro genehmigt
am: 10. Juni 2003

PROTOKOLL

der **9.** Sitzung
vom Dienstag, 3. Juni 2003
17.00 - 19.45 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube

Vorsitz: Ernst Spengler (SVP) Präsident 2003

Protokoll: René Gisler (Nichtmitglied)

Stimmzähler: Paul Bösch (OeBS)
Therese Brambrink (FDP) (Ersatzstimmzählerin)

Anwesend: von total 50 Mitgliedern:
Ratspräsident und 45 Mitglieder
5 Stadträte

Entschuldigt für die ganze Sitzung: Rolf Amstad (SP)
Herbert Distel (CVP)
Ernst Gründler (FDP)
Egdar Mittler (FDP)

Entschuldigt für den Anfang der Sitzung: Stephan Schlatter (SVP)

Traktanden:

- 1. VdSR - Gaswerk Stadt SH, Erschliessung von Beringen mit Erdgas** **Seite 314**
- 2. VdSR - Schulversuch "Teilautonome, geleitete Schule (TAGS) Steingut"** **Seite 325**
- 3. MOTION Christian Hablützel (SP) - Konferenz zum Widerstand gegen das Endlager von hochradioaktivem Sondermüll in Benken** **Seite 337**

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

| | | |
|------------|--|-----|
| 09.04.02 | VdSR - Platzgestaltung Herrenacker | SPK |
| 20.06.02 | VdSR - Gesamthafte Überprüfung von Bauordnung u. Zonenplan | SPK |
| 23.09.02 | VdSR - Teilrevision von Art. 27 und 28 der Stadtverfassung, Erhöhung der Stellenkapazität im Stadtrat | SPK |
| 07.01.03 | VdSR - Machbarkeitsstudie neues Fussballstadion | SPK |
| 21.01.03 | VdSR - Projektentwicklung Areal Kiefer/Landhaus Baurechtsbedingungen | SPK |
| 18.02.03 | VdSR - Quartier- und Begegnungszentrum in Herblingen; zur Verfügungstellung einer Liegenschaft und Beitrag der Stadt an die An- und Umbaukosten | SPK |
| 18.02.03 | VdSR - Motionen Dr. Othmar Schwank: "Verteilung und Anerkennung von Sozialarbeit" und Iren Eichenberger: "Finanzielle Leistungen für pflegende Angehörige" | SPK |
| (04.03.03) | Ersatzwahl in den Steuerungsausschuss WoV für den Rest der Amtsdauer 2001/2004 | |
| 11.03.03 | INTERPELLATION Raphaël Rohner (FDP) - Mitwirkung der Stadt SH an der Willensbildung des Bundes | |
| 08.04.03 | VdSR Ergänzung der städt. Taxiverordnung vom 28. Okt. 1997 | GPK |
| 29.04.03 | Jahresrechnung 2002 der Einwohnergemeinde SH / Leistungsaufträge der WoV Pilotabteilungen; Jahresbericht 2002 | GPK |
| 27.04.03 | INTERPELLATION VertreterInnen Kommission für Sozialbelange - Strukturelle Massnahmen in den Siedlungsgebieten Birch, Hochstrasse und Hauental | |
| 06.05.03 | VdSR - Überführung der Trägerschaft der öffentlich-rechtlichen Sonderschulen in eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Kantons SH | SPK |
| 20.05.03 | MOTION Esther Bänziger (SP) Familienzentrums Schaffhausen | |
| 20.05.03 | VdSR - Überführung des Tagesschulversuches in eine definitive Lösung | SPK |

Kleine Anfragen von

| | | | |
|---------------------------------|---|-----------------|----------------|
| Theresia Derksen (CVP) | WoV Steuerungsausschuss | 10.03.03 | 10/2003 |
| Iren Eichenberger (OeBS) | Jugendleitbild vermisst | 5.05.03 | 13/2003 |
| Rolf Amstad (SP) | Polizeipräsenz in den Quartieren der Stadt SH | 19.05.03 | 14/2003 |
| Roland Schöttle (FDP) | Anpassung der Geschäftsführung der Stadt SH auf ev. sinkende Steuereinnahmen | 26.05.03 | 15/2003 |
| Peter Neukomm (SP) | Auswirkungen der Taggeldkürzung (ALV) | 03.06.03 | 16/2003 |

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

**Traktandum 1 VdSR: Gaswerk Schaffhausen,
Erschliessung von Beringen mit Erdgas**

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des SR vom 25. Feb. 2003 sowie die Anträge mit **43 : 1 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag des Stadtrates vom 25. Februar 2003 betreffend „Gaswerk Stadt Schaffhausen, Erschliessung von Beringen mit Erdgas“.

2. Der Grosse Stadtrat bewilligt für die Erstellung der geplanten Niederdruckleitungen zu Lasten der Spezialfinanzierung „Erschliessung neuer Gebiete“ des Gaswerks der Stadt Schaffhausen einen Kredit von Fr. 500'000.-- inkl. Mehrwertsteuer.
3. Der Beschluss gem. Ziffer 2 unterliegt nach Art. 11 lit. d der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 VdSR - Schulversuch "Teilautonome, geleitete Schule (TAGS) Steingut"

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des SR vom 25. Feb. 2003 sowie die Anträge mit **45 : 0 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag des Stadtschulrates und des Stadtrates bezüglich eines Schulversuches "Teilautonome, geleitete Schule (TAGS) Steingut" vom 25. Februar 2003.
2. Er stimmt der Durchführung eines fünfjährigen Schulversuches "Teilautonome, geleitete Schule Steingut" (Beginn Schuljahr 2003/2004) zu, unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch den Erziehungsrat und den Regierungsrat.
3. Er bewilligt einen Kredit von maximal Fr. 379'000.-- für die fünfjährige Laufzeit des Schulversuchs. Die jährlichen Tranchen werden jeweils mit dem Budget bewilligt.
4. Dieser Beschluss untersteht gemäss Artikel 11 Abs. 1 lit. d der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 MOTION Christian Hablützel (SP) - Konferenz zum Widerstand gegen das Endlager von hochradioaktivem Sondermüll in Benken

Die Motion wird begründet, von Stadtpräsident Marcel Wenger beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Grosse Stadtrat überweist die Motion mit 44 : 1 Stimmen mit folgendem, geänderten Wortlaut:

"Der Stadtrat wird beauftragt, in der Frage eines Endlagers für hoch radioaktive Abfälle in Benken eng mit dem Kanton zusammen zu arbeiten und für die Interessen der Stadt Schaffhausen mit allen geeigneten Massnahmen einzutreten."

Das Geschäft ist erledigt.

BEGRÜSSUNG

Ratspräsident Ernst Spengler (SVP) eröffnet die Ratssitzung mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, des Herrn Stadtpräsidenten, der Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der BesucherInnen auf der Tribüne.

Einen speziellen Willkommensgruss richtet er an das neue Ratsmitglied **Christine Rebsamen (OeBS)** als Nachfolgerin von Annina Keller.

MITTEILUNGEN des Ratspräsidenten:**Personelles:**

Der Ratspräsident bestimmt für die heutige Sitzung Theres Brambrink (FDP) als Ersatzstimmenzählerin (Absenz Herbert Distel).

Der Ratspräsident gratuliert Esther Bänziger (SP) und Edgar Zehnder (SVP), welche am heutigen Tag Geburtstag haben.

Neu eingegangene Ratsgeschäfte:**20.05.04 VdSR - Überführung des Tagesschulversuches
in eine definitive Lösung**

Obiges Geschäft wurde an der letzten Ratssitzung verkündet.

Das Büro schlägt dem Rat vor, dieses einer 13er-Spezialkommission zur Vorberatung zuzuweisen. Einladende Partei ist die FDP.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

Zusammensetzung:

SP: Esther Bänziger, Mehmet Ertogrul, Christoph Schlatter, Käthi Tanner

FDP/CVP: Thomas Hauser, Walter Hotz, Theres Brambrink, Herbert Distel

SVP/EDU: Gertrud Walch, Werner Schlatter, Erwin Sutter

OeBS/EVP/GB: Brigitte Oechslin, Christine Rebsamen

Die erste Kommissionssitzung findet statt am 16. Juni 03, 17.30 Uhr

Neueingang Kleine Anfragen:

Roland Schöttle (FDP) **Anpassung der Geschäftsführung der Stadt SH
auf ev. sinkende Steuereinnahmen** **26.05.03 Lauf-Nr. 15**

Peter Neukomm (SP) **Auswirkungen der Taggeldkürzung (ALV)** **03.06.03 Lauf-Nr. 16**

Beantwortet wurden vom SR mit Datum 27. Mai 03 folgende Kleine Anfragen:

11 Paul Bösch (OeBS) **Anerkennungsbeitrag an die Rudolf Steiner
Schule Schaffhausen** **15.03.03**

12 Raphaël Rohner (FDP) **Sofortmassnahmen Herrenackergestaltung 2003** **15.04.03**

Mit Datum 9. Mai 2003 haben die Mitglieder des GrSR eine **Information des Umsetzungsstabes Parkraumplanung** bzgl. der personellen Zusammensetzung z.K. erhalten.

Weiter haben die Ratsmitglieder die newsletter 2/03 Wirtschaftsförderung Kt. SH zum Reformprojekt "sh.auf" erhalten.

PROTOKOLL

Das **Ratsprotokoll Nr. 8 vom 20. Mai 03** ist vom Ratsbüro geprüft und genehmigt worden. Es liegt heute zur Einsichtnahme beim Ratssekretär auf.

Anmerkungen werden keine angebracht.

Esther Bänziger (SP) persönliche Erklärung im Namen der SP-Fraktion

E. Bänziger nimmt Bezug auf das Schreiben des **Umsetzungsstabes Parkraumplanung** vom 9. Mai 2003, worin dieser mitteilt, dass er seine Arbeit in der bisherigen personellen Zusammensetzung weiterführen und den Auftrag bis spätestens Ende 2004 abschliessen will.

Er trägt somit dem mehrfach geäusserten Wunsch der SP keine Rechnung, wonach der Umsetzungsstab durch ein Mitglied ihrer Fraktion ergänzt werden soll.

Die Votantin bedauert diesen Entscheid. Im Umsetzungsstab seien die anderen grossen Fraktionen vertreten - die SVP durch SR K. Schönberger, die FDP durch Roland Schöttle und die OeBS durch Bernhard Egli. "Mit der Ergänzung des Umsetzungsstabes durch ein Mitglied der SP wären alle vier grossen Fraktionen darin vertreten. Wir könnten und würden hier konstruktiv mitarbeiten. Das würde diese Arbeit eher effizienter machen."

Esther Bänziger erinnert an die Behandlung der Motion Urs Tanner (SP) "Kompensation von mind. 50 Parkplätzen im Bereich Kirchhofplatz, Münsterplatz, Platz und Freier Platz" am 9. Mai 2000 hier in diesem Rat. Sie zitiert Roland Schöttle (FDP) - Ratsprotokoll Seite 219 - welcher damals gesagt hatte: *"Wenn Sie Informationen brauchen, dann kommen Sie zu uns. An den SR möchte ich den Aufruf machen: Prüft, ob Ihr nicht zusätzlich noch jemand aus der SP-Fraktion in den Umsetzungsstab berufen wollt. Ich denke, das könnte Sinn machen."* Zitatende.

"In diesem Sinne bitte ich den Umsetzungsstab sehr herzlich, unsere Argumente noch einmal durch den Kopf gehen zu lassen."

Die Votantin erkundigt sich bei dieser Gelegenheit, ob der neue Stadtplaner in diesem Umsetzungsstab Einsitz nehmen wird.

Roland Schöttle (FDP) hält fest, "dass die bisher vom Umsetzungsstab geleistete Arbeit eine technische und keine politische war. Es wurden keinerlei politische Diskussionen geführt. Die politische Arbeit ist mit einem guten Endergebnis vorab erledigt worden mit dem eigentlichen Vertrag des Schlussberichtes des "Runden Tisches". Der Umsetzungsstab hat Sachprobleme gelöst und Aufträge des "Runden Tisches" umgesetzt. Die Sacharbeit soll bis spätestens Ende 2004 abgeschlossen sein. Vielleicht wird das Ganze wieder einmal zu einem Politikum, aber heute sind wir der Meinung, dass der politische Konsens, der in der Arbeit des "Runden Tisches" gefunden wurde, umgesetzt werden sollte.

Wir haben erwogen, dieses Gremium jetzt zu erweitern. Wir sind aber der Meinung, dass dann alles, was bisher erarbeitet wurde - wir haben viel im Rucksack - mit neuen Mitgliedern nachgearbeitet werden muss. Deshalb sind wir zum Schluss gekommen, dass dies keinen Sinn macht. Wir wollen auch nicht, dass aus dieser Sache wieder eine politische Diskussion wird. Deshalb ist der Entscheid so gekommen."

SR Kurt Schönberger

"Frau Esther Bänziger hat von effizienter Arbeit gesprochen. Der Umsetzungsstab arbeitet sehr effizient. Sie hat sich weiter erkundigt, ob der neue Stadtplaner darin Einsitz nehmen wird. Ja, das wird der Fall sein. Der neue Stadtplaner wird seine Arbeit am 1. Juli 2003 aufnehmen und Mitglied des Umsetzungsstabes sein."

Der Baureferent weist darauf hin, dass wenn gewünscht wird, alle 4 Fraktionen des GrSR darin vertreten zu haben, auch die SVP mit einem GrSR-Mitglied Einsitz nehmen wollte Der Umsetzungsstab sei ein Fachgremium. Es ist der feste Wille dieses Gremiums, die Arbeiten zügig fortzusetzen und wenn immer möglich bis Ende 2004 abzuschliessen."

Peter Käppler (SP) erkundigt sich, weshalb in diesem Gremium wohl eine Vertretung der Pro City, aber keine des Einwohnervereins Altstadt Einsitz habe.

SR K. Schönberger antwortet, dass dann auch die Überlegung angestellt werden müsste, eine Delegation der Quartiervereine in dieses Gremium aufzunehmen. "Dann bekommen wir einen Umsetzungsstab, welcher nicht mehr der Zielsetzung des "Runden Tisches" entspricht. Damals wurde dieser als "kleiner Umsetzungsstab mit etwa 5 Personen" definiert."

Esther Bänziger (SP) Votum

"Sämtliche Sachdiskussionen und alles, was ich in meinem Leben mache, haben doch etwas mit meinem politischen Hintergrund zu tun. Ich denke, das ist bei Euch allen mehr oder weniger auch so. Darum haben wir gedacht, es wäre besser, wenn die SP hier auch vertreten wäre."

Peter Neukomm (SP) Votum

"Ich möchte keine Diskussion darüber führen, was politisch ist und was nicht. Wo Parkplätze sein sollen, wo nicht, wie der Verkehrsfluss sein soll - ob das nur technische Dinge sind - darüber könnte man sich streiten. Was mich stört, ist die Art und Weise, wie man jetzt die SP heraus gehalten hat. Das geht einfach nicht. Vor über zwei Jahren wurde uns versprochen, unser Anliegen im SR ernsthaft zu prüfen. SR Schönberger und R. Schöttle haben das gesagt. Jetzt hat man wieder 2 Jahre zugewartet. Nun sagt man: "Jetzt sind wir schon so weit, es hat keinen Wert mehr. Wir haben bereits einen solchen Rucksack ..." So geht es einfach nicht. So lassen wir uns nicht abspeisen."

Roland Schöttle (FDP) appelliert, kein Politikum aus dieser Zusammensetzung des Umsetzungsstabes zu machen. Man sei in der Lage, Politik und Sache voneinander zu trennen, auch wenn man eine Grundeinstellung habe.

Edgar Zehnder (SVP) Votum

"Es hat mich etwas erschreckt, Esther Bänziger, dass Du Dich als Lehrerin hier im Rat getraust zu sagen, alle Deine Beweggründe seien politisch motiviert."

Raphaël Rohner (FDP) Votum

"Ich spreche nicht als Fraktionspräsident, sondern als Mitglied des GrSR. Ich stelle erstens fest, dass das Geschäft nicht traktandiert ist, und es somit eigentlich sein Bewenden hätte mit der Erklärung von GrSR Esther Bänziger. Zweitens denke ich mir, dass es Sache des Baureferenten ist - nachdem sich verschiedene Votanten in zusätzlichen persönlichen Stellungnahmen geäußert haben - sich zu überlegen, wie er da weiter gehen soll. Drittens sehe ich persönlich nicht ein - wenn der Baureferent uns zusichern kann, dass dieser Umsetzungsstab, so wie es R. Schöttle glaubhaft dargelegt hat, gleich übrigens wie all diese "Runden Tische", nicht das politische Vorentscheidungs-gremium ist (wir entscheiden hier politisch oder allenfalls das Volk) -, weshalb die SP hier nicht Einsitz in diesen Umsetzungsstab nehmen soll."

Bernhard Egli (OeBS) weist darauf hin, dass es Sache des SR ist, wie er die Arbeitsgruppen zusammensetzt. Ausgangslage waren das Papier des "Runden Tisches", wo ca. 50 Leute daran gearbeitet haben und der Auftrag an den SR, eine kleine Arbeitsgruppe einzusetzen, welche die Verwaltung bei der Umsetzung der Aufträge begleitet. Man hätte zum Zeitpunkt der Nominierung dieser Arbeitsgruppe Einwände gegen die Zusammensetzung anbringen müssen. Die Arbeit des Umsetzungsstabes basiert auf den Beschlüssen des "Runden Tisches". Wenn man aus dieser Fachgruppe eine politische Kommission machen möchte, müsste das Parlament oder eine Fraktion einen Vorstoss machen, dass man diese Fachgruppe durch eine parlamentarische Begleitkommission ersetzt. Die Ergänzung des jetzigen Gremiums durch ein Mitglied der SP-Fraktion liegt in der Kompetenz des SR.

TAGESORDNUNG

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt.
Die Tagesordnung wird gutgeheissen.

Traktandum 1 VdSR: Gaswerk Schaffhausen, Erschliessung von Beringen mit Erdgas

EINTRETENSDEBATTE

Dieses Geschäft wurde in einer 11-er SPK vorberaten.

Kurt Zubler (SP) Präsident der SPK *

"Es freut mich, Ihnen heute die Vorlage des Stadtrates betreffend der Erschliessung von Beringen mit Erdgas vorstellen zu dürfen. Dies, nachdem die im Vorfeld der Verselbständigungsvorlage als dringlich bezeichnete Sache nach der Ablehnung der Verselbständigung durch das Volk vorerst in einen Dornröschenschlaf zu fallen schien, und wir nun endlich zeigen können, dass solche Unternehmungen, so sie überzeugend sind und sorgfältig vorbereitet, durchaus zeit- und sachgerecht durch die politischen Gremien behandelt werden.

Die Kommission tagte zweimal. An der ersten Sitzung wurde ausführlich über Eintreten diskutiert und bei einer Abwesenheit auch einstimmig beschlossen. An der zweiten Sitzung fand die Detailberatung statt, und das Geschäft wurde in der Schlussabstimmung mit 9 gegen eine Stimme bei einer Abwesenheit zu Handen des Grossen Stadtrates verabschiedet.

In meinen Ausführungen werde ich Ihnen nicht die Vorlage nacherzählen, die haben Sie ja selbst auf dem Tisch und bereits tiefgreifend durchgearbeitet. Nachfolgend fasse ich deshalb nur die wichtigsten Eckpunkte der Vorlage kurz zusammen. Ausführlicher werde ich Sie dagegen über die Diskussionen und Schlüsse der Kommission informieren.

Um was geht es?

Das Gaswerk der Stadt Schaffhausen möchte die Gemeinde Beringen mit Erdgas erschliessen und zu diesem Zweck eine Transportleitung von Schaffhausen nach Beringen sowie dort selbst erste Netzleitungen zur Quartiererschliessung bauen.

Die Transportleitung mit Kosten im Umfang von ca. Fr. 1'250'000.-- wird von der Erdgas Ostschweiz AG (EGO) finanziert. Das Gaswerk entschädigt die EGO im Gegenzug mit einer Durchleitungsgebühr. Das Gaswerk schliesst vor dem Bau der Transportleitung eine Kaufoption ab und kann damit die Transportleitung später erwerben. Die Netzleitungen im Quartier Enge und Hülsten sowie Zelg-Dorfzentrum finanziert das Gaswerk Schaffhausen. Das Kostendach für die Netzleitungen beträgt Fr. 500'000.--. Dieses Geld wird dem Spezialfonds "Erschliessung neuer Gebiete", der eine Million Franken enthält, entnommen. Voraussichtlich beteiligt sich auch das Gaswerk Neuhausen mit Fr. 100'000.-- am Projekt, womit sich die Kosten für Schaffhausen auf Fr. 400'000.-- reduzieren würden.

Die Diskussionen in der Kommission lassen sich in vier grundsätzliche Ebenen einteilen. Es fragt sich nämlich, ob die Erweiterung der Gaserschliessung nach Beringen sinnvoll ist

- 1. für die Städtischen Werke
- 2. für die Stadt Schaffhausen
- 3. für die Gemeinde Beringen
- 4. für die Welt

Diese Fragenkomplexe werde ich nun Punkt für Punkt durchgehen und dabei versuchen, die wichtigsten und kritischsten Aspekte aufzugreifen und die diesbezüglichen Kommissionsverhandlungen darin zu spiegeln.

Aus der Sicht der Städtischen Werke stellt sich in erster Linie die Frage nach dem ökonomischen Sinn der Investition. D.h. ob sich die Investitionen in den Leitungsbau auch irgendwann finanziell lohnen werden. Dank eines auf 35 Jahre ausgelegten Businessplans, der eine Variante ohne und eine mit Erschliessung der SIG Beringen umfasste, konnte der Werkdirektor aufzeigen, dass das Geschäft für die Städtischen Werke durchaus rentieren wird. Der bereits vertraglich gesicherte und der prognostizierte Mengenzuwachs ergeben sowohl mit als auch ohne SIG ein positives Ertragsbild. Aufgrund detaillierter zusätzlicher Nachfragen eines besonders kritischen Kommissionsmitgliedes lieferte der Werkdirektor für die 2. Kommissionssitzung zudem Zahlen betreffend der Rentabilität des städtischen Gasverkaufes der letzten 20 Jahre. Zahlen zum Deckungsbeitrag pro Kilowattstunde und zur Entwicklung des Cashflows belegen dabei, dass die bisherigen Absatzerhöhungen den Werken jeweils zum Nutzen gereicht haben. Die ausführlichen Darlegungen und die offene Information des Werkdirektors bewirkten schliesslich, dass sämtliche Kommissionsmitglieder von der ökonomischen Sinnhaftigkeit der Netzerweiterung überzeugt werden konnten.

Neben den direkten wirtschaftlichen Aspekten lassen sich aus Sicht der Werke zudem strategische Überlegungen anführen. Mit der Erweiterung des Gasnetzes nach Beringen verstärken die städtischen Werke ihre Präsenz in dieser wichtigen Wachstumsgemeinde am Eingang des Klettgaus. Da die Städtischen Werke bereits die Wasserversorgung im Auftrag von Beringen ausführen, sind auf einfachem Wege Synergien im Bereich des Leitungsbaus und des Verrechnungswesens zu erreichen. Die Städtischen Werke können sich positiv in der Gemeinde positionieren und sind mit dem Gas bereits im Klettgau, bevor dieser aus der deutschen Nachbarschaft erschlossen wird.

Die Deckungsgleichheit dieser strategischen Ausgangslage hat im übrigen die Erdgas Ostschweiz AG (EGO) als Vorlieferantin bewogen, den Bau der Transportleitung auf eigene Rechnung zu finanzieren.

Betrachten wir die Vorlage nun zweitens aus der Sicht der Stadt, so ist selbstverständlich klar, dass die ökonomischen und strategischen Vorteile für die Werke auch für die Stadt von Vorteil sind. Denn geht es den Werken gut, so heisst das zwar leider noch nicht, dass es nur schon deshalb auch der Stadt gut geht, aber es tut ihr doch sicher wohl. Dabei ist für die Stadt von besonderer Bedeutung, dass das Gaswerk dank der Neuerschliessung einen Mengenzuwachs erzielen kann, der es ermöglicht, die Fixkosten auf einen grösseren Umsatz zu verteilen. Für die Stadt hat dies zur Folge, dass entweder der Gewinn ihrer Unternehmung ansteigt oder -für den Standort Schaffhausen allenfalls ebenso wichtig - der Gaspreis in der Stadt gesenkt werden kann.

Neben den ökonomischen Überlegungen gibt es aus Sicht der Stadt aber auch andere Fragestellungen. Beispielsweise, ob ein städtisches Unternehmen überhaupt expandieren soll und wenn ja, in welchem Umfang. Auch wenn die Kommission solche strategischen Grundsatzfragen nicht zuletzt in Anbetracht der tagenden Arbeitsgruppe "Strategie, Struktur, Finanzen" nicht umfassend diskutiert hat, darf die Erschliessung Beringens im Lichte der erfolgreichen Erschliessung Thayngens betrachtet werden. Aufgrund der Thaynger Erfahrungen kann das Projekt als massvoll und nachhaltig im Sinn eines städtischen Unternehmens bezeichnet werden. Angesichts der jüngsten Erfahrungen mit kurzfristigem Renditedenken bin ich im übrigen der Meinung, dass es einem öffentlichen Betrieb gut ansteht, eine Investition mit einem derart weiten Zeithorizont zu tätigen, und es demnach eine Wohltat ist, eine solche durch unser parlamentarisches Zutun ermöglichen zu können.

Besonders zu diskutieren gab im weiteren die Frage, weshalb die Städtischen Werke die Transportleitung nicht ebenfalls selbst finanzieren wollen, was aus den vollen Töpfen der Spezialfinanzierungen problemlos möglich wäre, und womit Durchleitungsentschädigungen an die EGO vermieden werden könnten. Dieser Ansatz entspräche auch dem politischen Willen, die Netze im Besitz der Stadt zu halten. Bereits in der Verwaltungskommission wurde dieser Punkt aufgegriffen. Die Vermutung lag nahe, es handle sich hierbei um den Versuch, eine Volksabstimmung über dieses Projekt umgehen zu wollen. Als Folge der kritischen Auseinandersetzung wurde in der Verwaltungskommission der neue Passus eingebracht, dass die Städtischen Werke mit der EGO eine Kaufoption für die Leitung vereinbaren. Als Folge davon liegt nun ein Finanzierungsmodell vor, das - selbst wenn anfänglich die Angst vor einer Volksabstimmung Pate zu dieser Lösung gestanden hätte - derart überzeugend und vorteilhaft für die Städtischen Werke und damit die Stadt ist, dass sich auch die diesbezüglich sehr kritischen Stimmen in unserer Fraktion dem Vorschlag anschliessen konnten, handelt es sich hierbei doch um den üblicherweise nur mit Geschick und Spielwitz zu erreichenden Vorteil von "Figgi und Müli". Will heissen, wir erschliessen mit wenig Geld und damit wenig Risiko ein neues Absatzgebiet und kaufen die an sich interessante Transportleitung, sobald die Kosten für die Durchleitung die Höhe der Annuität erreicht haben. Sollte sich die Investition wider Erwarten nicht lohnen, so kaufen wir die Transportleitung eben nicht.

Die dritte Sicht, nämlich die der Gemeinde Beringen, schien für die Mehrheit der Kommissionsmitglieder eindeutig positiv auszufallen. Beringen erhält mit der Gaserschliessung eine erweiterte Auswahl bezüglich der möglichen Energieträger, was einer eindeutigen Qualitätsverbesserung entspricht. An nicht auszuräumenden Bedenken wurden hier die Lebensgefährlichkeit des explosiven Gases und die Unmöglichkeit, den Gaslieferanten frei zu wählen, angeführt. Ein weiteres Problemfeld zeigte sich in der Konkurrenzierung von Holzschneitzelheizungen durch Gas. Gerade der letzte Punkt und die seit jeher bestehende Konkurrenz zum Erdöl belegen nach Meinung der Kommissionsmehrheit allerdings eindeutig, dass Erdgas, auch wenn es sich um ein Liefermonopol handelt, immer im Wettstreit mit anderen Energieträgern für den gleichen Zweck stand und steht und demnach keineswegs mit dem Monopol etwa der Wasserversorgung vergleichbar ist.

Als letztes möchte ich noch kurz die Weltsicht streifen. Auch hierzu liess sich in der Kommission trefflich streiten und letztlich keine 100% übereinstimmende Meinung erarbeiten. Die Statistiken für jedes Bedürfnis sind zahllos und von ebenso zahllosen Interessenträgern verfasst oder in Auftrag gegeben. Sie können demnach je nach Standpunkt zitiert und ausgelegt werden. Eine Mehrheit der Kommission liess sich von den Ausführungen des Werkdirektors, der sich auf unabhängige Zahlen des Bundes stützte, trotzdem überzeugen und ist der Meinung, dass die weitere Verbreitung des Erdgases auch einen umweltrelevanten Effekt besitzt, indem dadurch der Treibhauseffekt gegenüber dem Erdöl deutlich reduziert werden kann. Trotzdem möchte ich an dieser Stelle nicht in eine ökologische Euphorie ausbrechen, sind doch die Effekte durch die Kompensation von Erdöl durch Erdgas angesichts der real existierenden Energie- und Umweltproblematik allenfalls als erfreuliche Marginalie zu begrüssen. Von den durch die Gesellschaft noch zu leistenden Anstrengungen für einen nachhaltigen Umgang mit unseren Ressourcen sind wir trotzdem noch unendlich weit entfernt und die aktuellen Diskussionen zum Thema CO₂-Abgabe lassen kaum auf menschliche Einsicht hoffen. Die oben erwähnte Frage der Holzschneitzelheizung wäre ganzheitlich betrachtet wohl ebenfalls eher unter der Frage des Weltnutzens zu betrachten.

Zusammenfassend kann demnach gesagt werden, dass die Erschliessung von Beringen mit Erdgas der Welt zumindest nicht schadet, in Beringen eine neue Option einführt und für die Städtischen Werke sowie die Stadt Schaffhausen wirtschaftlich und strategisch Sinn macht. Die Finanzierung der Transportleitung durch die EGO mit Kaufoption ist zudem vorteilhaft. Die Kommission empfiehlt Ihnen deshalb grossmehrheitlich auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Für die konstruktive Kommissionsarbeit und insbesondere auch das kritische Hinterfragen des Geschäftes möchte ich mich bei allen Mitgliedern bedanken. Die Qualität unserer Arbeit definiert sich nicht zuletzt über den kritischen und konstruktiven Disput. Bedanken möchte ich mich auch bei Werkdirektor Herbert Bolli für die ausführlichen Erläuterungen und die kompetente Beantwortung unserer Fragen, sowie bei Werner Künzle für die prompte Protokollierung des Geschäftes."

Kurt Zubler (SP)

Fraktionserklärung

"Seitens der SP-Fraktion darf ich Ihnen Eintreten und Zustimmung zu den Anträgen bekannt geben."

Christian Bächtold (FDP) Fraktionserklärung FDP/CVP *

"In der FDP/CVP-Fraktion war dieses Geschäft unbestritten. Da diese Vorlage in der SPK gründlich diskutiert wurde, nenne ich nur kurz einige für uns positive Punkte.

1. Es ist für die Werke marktwirtschaftlich und strategisch interessant, Beringen mit Erdgas zu erschliessen.
2. Die in der SPK vorgelegten betriebswirtschaftlichen Faktoren beruhen auf sorgfältigen und nicht zu optimistischen Absatzzahlen.
3. Mit der Finanzierung der Erschliessungsleitung durch die EGO wird das finanzielle Risiko unserer Werke minimiert.
4. Die Beteiligung von Neuhausen analog wie in Thayngen finden wir gut, und sie unterstreicht die gute Zusammenarbeit zwischen Schaffhausen und Neuhausen.
5. Die Ausdehnung des Versorgungsgebietes stärkt die Stellung unserer Werke innerhalb der EGO, wo wir hinter Zürich, Winterthur und St. Gallen die Nummer 4 sind.
6. Die mit der EGO ausgehandelte Kaufoption ist sehr fair und unterstreicht das Interesse, welches auch die EGO an dieser Erweiterung hat.

Wir danken dem SPK-Präsidenten für die gute Leitung der Sitzungen sowie den Herren der Werke für die Beantwortung der gestellten Fragen.

Die FDP/CVP-Fraktion ist für Eintreten und Zustimmung."

Alfons Cadario (EVP) Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB *

"Mit dieser Vorlage hat der Stadtrat einen Wunsch der Verwaltungskommission aus den 90er-Jahren erfüllt. Wenn wir durch unser Wälder spazieren, wäre sicher der Wunsch nach mehr Holzschnitzel- oder Holzheizungen vorhanden, aber wir alle ziehen es vor, auf eine bequeme Art und Weise zu heizen.

Die Wahl der Verlegungs-Route ist eine optimale Lösung - keine allzu grosse Distanz, und trotzdem müssen keine Bäume im Wald gefällt werden, weil die Verlegung der Transportleitung in bestehenden Wegen erfolgt. Die Partnerschaft mit der EGO ist sinnvoll und reduziert das Risiko einer Fehlinvestition der Städt. Werke auf ein Minimum. Sollte sich der Erdgasverkauf nach den Vorstellungen des Gaswerks entwickeln, kann die Transportleitung nach 2 - 5 Jahren käuflich - nach einer Volksabstimmung - erworben werden.

Kurt Zubler danke ich für seine Kommissionsführung. Ich teile Ihnen mit, dass die OeBS/EVP/GB-Fraktion auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen wird."

Edgar Zehnder (SVP) Fraktionserklärung SVP/EDU *

"Vieles ist durch meine Vorredner bereits ausführlich dargelegt worden.

Die Erschliessung von Beringen mit einer Erdgasleitung freut mich ganz besonders; und dies nicht nur aus Sicht der Bauunternehmungen, welche durch das ausgelöste Bauvolumen zu dringend benötigter Arbeit kommen, welche durch eine effiziente

Kommissionsarbeit und die rasche Bearbeitung im Rat noch dieses Jahr ausgeführt werden kann.

Es ist ein ehrgeiziges Ziel auf allen Beteiligungsebenen; bei den Werken, den Behörden, den Planern und nicht zuletzt bei den Unternehmungen, welche den Leitungsbau im Jahr 2003 noch fertigstellen sollen, damit Teile von Beringen bereits schon dieses Jahr mit Erdgas versorgt werden können.

Auch aus umwelttechnischen Gründen freut mich der Entscheid, Erdgas nach Beringen zu fördern, ausserordentlich.

In der Kommission wurde zwar mehrmals erwähnt, dass Umweltkatastrophen von der Natur überwunden werden können, Unfalltote durch Gasexplosionen jedoch nicht mehr zum Leben erweckt werden können.

Neben all dem Elend auf unseren Weltmeeren, das die vielen Ölkatastrophen in den letzten Jahren ausgelöst haben, möchte ich nicht nachzählen, wie viele Verkehrstote durch beteiligte Tankfahrzeuge, welche mit Öl beladen unsere Strassen Jahr für Jahr befahren, bereits zu beklagen sind. Ich denke da auch an die allzeit mögliche Gefahr mit Transportfahrzeugen in Tunnelpassagen, die bei mir täglich grössere Angst auslösen, als mein Gasanschluss zu Hause. Und wenn ich da an den zukünftigen Galgenbucktunnel denke

Neben all den von meinen Vorrednern bereits erwähnten wirtschaftlichen Vorteilen ist für mich die Alternative Gas in allen Belangen die angenehmste Energieform, welche ich hier unterstützen möchte.

Ich kann ihnen mitteilen, dass die SVP/EDU-Fraktion beinahe geschlossen hinter dieser Vorlage steht und ihr auch zustimmen wird."

Christian Meister (SVP) Votum *

"Wie Sie bestimmt nicht anders erwartet haben, habe ich natürlich eine etwas andere Ansicht zum Thema Erdgaserschliessung in andere Gemeinden der Region und insbesondere auch jetzt zur diesbezüglichen Vorlage, der „Erschliessung von Beringen mit Erdgas“.

Und da ich wohl – zumindest im jetzigen Zeitpunkt – noch der einzige kritische Betrachter zu diesem Ausbau bin, hoffe ich, dass Sie dafür Verständnis aufbringen, dass ich meine Kritikpunkte etwas ausführlicher formulieren werde.

Bevor ich aber auf die einzelnen Punkte eingehe, möchte ich es nicht unterlassen, zu allererst einmal dem SPK-Präsidenten, Kurt Zubler zu danken, für die umsichtige Leitung der Spezialkommission, in der ich ja auch Einsitz nehmen durfte.

Ebenfalls herzlich danken möchte ich dem Werkreferenten, Herbert Bolli, der trotz meiner vielleicht manchmal kritischen Einwände und vor allem trotz der zahlreichen Anforderungen von Zahlen immer sehr zuvorkommend war, mir die gewünschten Angaben geliefert und die Zahlenzusammenstellungen dann in der Spezialkommission auch immer entsprechend erläutert hat.

Diese von mir zur betriebswirtschaftlichen Beurteilung eines möglichen Ausbaus der Erdgasleitung nach Beringen angeforderten Zahlen konnten mich nicht restlos davon überzeugen, dass ein Ausbau der Erdgasleitung in Richtung Beringen für die Stadt Schaffhausen auch finanziell lukrativ ist.

Aus den gelieferten Zahlen mussten und konnten wir in der Spezialkommission unter anderem feststellen, dass die Absatzsteigerungen nach dem Ausbau in andere Gemeinden, also zum Beispiel nach Thayngen, einzig eine Steigerung der Absatzmenge an Erdgas zur Folge hatte, nicht aber eine Erhöhung der Margen - respektive, dass dieser Ausbau eine Verbesserung der jeweiligen Jahresergebnisse zur Folge gehabt hätte.

Immerhin konnten wir aber in der Spezialkommission – und das möchte ich hier nicht unerwähnt lassen - davon Kenntnis nehmen, dass das Gaswerk der Stadt nach 10 zuletzt mageren Jahren, in denen die Stadtkasse keinen Pfennig erhielt, wenigstens in den letzten drei Jahren rund 2,2 Millionen Franken abliefern konnte.

Nun zur Vorlage:

Grundsätzlich muss ich den Initianten dieser Vorlage ein Kränzlein winden. Die Vorlage zeigt, dass wir über eine sehr engagierte und kompetente Geschäftsleitung bei den Städtischen Werken verfügen. Damit meine ich nicht nur den Chef, sondern auch seine Untergebenen vom Gaswerk.

Einzig der Umstand, dass uns die Städtischen Werke Erdgas nach wie vor als einen umweltschonenden Energieträger verkaufen wollen, wird dadurch, dass sie diese Floskel immer wiederholen, auch nicht wahrer, und ist und bleibt deshalb störend. Es ist nun einfach einmal eine Tatsache und von breitester Seite abgestützt, dass die beiden Energieträger, die nicht erneuerbar sind, in ihrer Gesamtheit der negativen Folgen für die Umwelt, genau gleich schlecht abschneiden. Dazu gibt es mittlerweile sogar Gerichtsurteile, die diese Beurteilung stützen.

Den Ausbau der Erdgasleitung in den Klettgau aber, das muss man den Damen und Herren lassen - den haben sie wirklich sehr schlaue eingefädelt.

Denn wer die Vorlage ausführlich studiert hat, konnte nachlesen, dass das grösste Industrieunternehmen in Beringen derzeit kein Interesse am Erdgas bekundet. Anstatt den Kopf in den Sand zu stecken ob dieser Tatsache, ist das Werk hingegangen und hat über die ihr nahe stehende Etawatt in der Überbauung Zelg ein Energiecontracting mit Gas angeboten. Prompt ist jetzt das Bedürfnis nach Erdgas in Beringen geweckt worden. Mit der Firma Bircher ist noch ein KMU-Betrieb dazu gekommen, der auch Interesse am Erdgas hat. Das bedeutet, dass die Werke jetzt 2 GigaWatt nach Beringen liefern könnten. Auf den ersten Blick könnte das zur Beurteilung verleiten, dass das eine Unmenge ist. Damit auch Sie sich darüber im Klaren sind, für wie wenig hier Erdgasleitungen von fünf Kilometern in den Boden gebaut werden: Wir sprechen hier vorerst von gesicherten 200.000 Litern Heizöl, das sind 20 Lastwagenfahrten im Jahr !

Auch das in der Vorlage genannte Marktpotential von 60 Gigawatt/Jahr Heizwärmebedarf muss mit Vorsicht betrachtet werden. Letztlich dürfen wir unsere Augen auch vor der Tatsache nicht verschliessen, dass wenn die SIG nicht mitmacht, es dann ganz sicher mindestens 20 Jahre dauern wird, bis die Investition überhaupt und vielleicht erstmals etwas abwirft.

Ob es Sinn macht, in etwas zu investieren, was in zwanzig Jahren vielleicht einmal etwas abwirft, das sollen Sie selbst für sich entscheiden. Eines aber ist garantiert sicher: Gingen ich oder Sie als Privatperson mit einem solchen Ansinnen zu einer Bank, ich glaube kaum, dass sie bereit wäre, uns eine solche Investition, ohne Sicherheiten zu hinterlegen, finanzieren würde.

Als ich die Vorlage das erste Mal gelesen hatte, sagte mir mein Bauch auch noch, „Aha, die Werke wollen also eine Volksabstimmung verhindern, in dem sie die Hochdruckleitung jetzt ganz einfach von der Erdgas Ostschweiz AG bezahlen lassen.“

Nach reiflicher Überlegung und vor allem auch Umrechnung der vielleicht zu erwartenden Absatzmengen wurde mir dann aber bald einmal klar, dass auch hier gut überlegtes Denken der Verantwortlichen dahinter steckt.

Dadurch, dass weder der Zeithorizont dafür, noch die Menge selber abzusehen ist, die einmal in Beringen verkauft werden kann, ist es nur logisch und vor allem auch schlau, das Risiko dieser Gasleitung von einem Dritten bezahlen zu lassen und einzig für den Durchlass der verkauften Energie eine Transportgebühr zu bezahlen.

Jetzt werden Sie fragen, warum ich der Vorlage trotzdem nicht zustimmen kann, und dafür nenne ich Ihnen drei Gründe:

Erstens: Ich setze mich für freie Marktwirtschaft ein. Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen. Wenn ich mein Haus mit Heizöl heize, dann habe ich die Wahl zwischen Hunderten von Lieferanten. Wenn ich mein Haus mit Erdgas heize, dann kann ich das Erdgas nur bei den Städtischen Werken zum von ihr festgesetzten Preis kaufen.

Auf Seite 2 der Vorlage im dritten Abschnitt steht „dass mit der auch im Gasbereich laufenden Marktöffnung, die Möglichkeit des Vordringens einer anderen Gasversorgung über Jestetten und Erzingen hinaus in den Klettgau nicht auszuschliessen wäre“, und ich füge diesem Satz jetzt noch bei „wenn dieser Erschliessung die Städtischen Werke bzw. die Erdgas Ostschweiz AG nicht zuvorkommen.“

Die Städtischen Werke haben also Angst davor, dass ihnen Konkurrenz in ihrem eigenen Wirtschaftsraum erwachsen könnte.

Ich und viele Erdgasbezüger der Region – nicht alle, das hat die letzte Ratsdebatte über das Erdgas gezeigt, als einige der hier Anwesenden fanden, dass es ihnen gleich ist, welchen Preis sie für das Erdgas bezahlen (Hauptsache, sie bezahlen es der Stadt) - hätten sich dann aber darob freuen können, endlich zwischen zwei Lieferanten auswählen und somit vielleicht eines Tages günstigere Energie beziehen zu können.

Ich frage Sie an dieser Stelle nochmals: Kann es wirklich Aufgabe des Staates, der Kommune sein, Monopole zu schaffen und diese gegen jegliche Konkurrenz zu schützen?“

Und ich wiederhole auch nochmals die betriebswirtschaftliche Frage dazu: Ist es in der heutigen Zeit noch richtig, in etwas zu investieren, was vielleicht in zwanzig Jahren etwas abwirft und das es in sechzig Jahren vielleicht gar nicht mehr gibt?

Diejenigen Handwerker, die glauben, dass ihnen dadurch, dass die Gasleitung nach Beringen gezogen wird, grosse Folgeaufträge bei Umbauten und Neuanlagen in Beringen zufließen werden, müssen sich bewusst sein, dass die Städtischen Werke heute so gut organisiert sind, dass sie Ihren potentiellen Kunden ein allumfassendes Angebot, also auch für solche Umbauten machen können, ganz nach dem Motto und Namen einer in Beringen domizilierten Computerfirma „All in one“ oder „Alles aus einer Hand“.

Zweitens müssen wir uns bewusst sein, dass Erdgas eine nicht erneuerbare Energie ist. Betrachtet man die nachgewiesenen Reserven, so kann man davon ausgehen, dass diese vielleicht noch für zwei Generationen ausreichen. Dann aber hinterlassen wir unseren Nachfahren überall in den Böden Leitungen, Überdrucktanks, Druckstationen und dergleichen, mit denen sie nichts mehr anfangen können, und

Drittens - das ist für mich fast der wichtigste Grund: Erdgas ist und bleibt ein explosiver Brennstoff und gefährdet somit Menschenleben. Auch wenn wir bei Tankerunglücken bedauerlicherweise immer wieder einmal von Naturkatastrophen Kenntnis nehmen müssen, die ich hier gar nicht verniedlichen will, müssen Sie zugeben, und wir können das ja auch immer wieder feststellen, dass sich die Natur - Gott sei Dank - innerhalb weniger Jahre immer wieder vollständig regeneriert.

Aber Menschenleben, die wir wegen einer Gasexplosion verlieren – und glauben Sie mir, es gibt jährlich Dutzende Gasexplosionen in Westeuropa, nur werden diese in den Medien immer nur ganz klein wiedergegeben - regenerieren leider nicht. Diese Menschenleben haben uns dann in einem Unglücksfall leider für immer verlassen.

Deshalb meine Meinung - vielleicht konnte ich auch diese oder jene Person hier im Saal davon überzeugen:

Dort wo Erdgasleitungen bestehen, belassen wir sie dort. Sie sind schon vorhanden. Da sollen die Städtischen Werke ihre ganze Kraft einsetzen und versuchen, ihren Marktanteil zu steigern.

Nochmals: Ein Ausbau der Gasleitungen in andere Gebiete führt für die Städtischen Werke nicht zu höheren Margen, einzig die Absatzmenge nimmt zu. Also verpflichten wir unsere Werke dazu, ihre Hausaufgaben vor der Haustüre so gut wie möglich zu erledigen und nicht mit einem Ausbau des Netzes die Risiken zu vergrößern.

Mit einem Ausbau in andere Gemeinden ist nicht gesichert, ob auf dem investierten Kapital überhaupt jemals eine Rendite zu erreichen sein wird, und mit einem positiven Entscheid zum Ausbau des Erdgasnetzes nach Beringen riskieren wir, dass eines Tages – nicht mehr wir – aber vielleicht unsere Nachfahren, aber ganz sicher die dannzumaligen Steuerzahler der Stadt, die Zeche für die Ausbaupolitik der Städtischen Werke werden bezahlen müssen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit."

Stadtpräsident Marcel Wenger Stellungnahme des Stadtrates

"Ich danke dem Präsidenten der SPK für die wirklich umsichtige und sorgfältige Evaluation der Vorlage. Er ist quasi als Kommissionspräsident der Prinz, der das Dornröschen mit der Kommission zusammen wach geküsst hat. Wenn ich schon im Bild bleiben will, hatte es natürlich auf der Wange des Prinzen auch ein paar

Stacheln, welche wir soeben gespürt haben. Diese Stacheln sind verantwortlich dafür, dass man die Deckungsbeiträge und die Cashflow-Entwicklung über die Jahre in der Vorlage genau angeschaut und das Marktpotential vertieft abgeklärt hat. Deshalb finde ich die Opposition, die auch in der SPK der Vorlage erwachsen ist, in Ordnung. Wir mussten uns klar darüber werden, ob es ein verkräftbares Risiko ist, wenn wir diese Leitung nach Beringen bauen. Die Präsenz in der Agglomeration ist auch von Kurt Zubler erwähnt worden. Sie ersehen aus dem Situationplan für das Erschliessungsprojekt, dass die Agglomeration vergleichsweise klein ist. Beringen stösst direkt an die Gemarkung der Stadt Schaffhausen und ist daher eine unserer Nachbargemeinden. Es ist daher legitim, zu versuchen, hier in einem Teil unserer Agglomeration eine umweltschonende Energie zum Tragen zu bringen. Aus der Sicht der Stadt macht das Engagement durchaus auch ökonomisch Sinn, denn die Fixkosten sind durch eine grössere Abeckung tendenziell sinkend, was über die Abschreibungen auch die Stadt entlastet.

Wir haben gehört, dass die Stadt diese Erschliessung nicht vollständig finanziert. Dies resultiert aus einer Risikobeurteilung, wie sie auch Christian Meister gemacht hat. Wir haben uns für eine Variante entschieden, wo wir dieses Risiko nicht allein tragen müssen. Die ökologischen Aspekte, die Kurt Zubler angezogen hat, sind durchaus kritisch zu betrachten angesichts des CO₂-Effektes des Erdgases. Sie sind in der Wechselwirkung zu suchen - Erdgas, Blockheizkraftwerke BHKW - Isolationstechnik bei neueren Bauten - Minergiehäuser. In dieser Kombination ist Erdgas ein sinnvoller Energieträger."

An dieser Stelle greift der Stadtpräsident einige Punkte der Vorredner auf und würdigt diese (Chr. Bächtold: gute Zusammenarbeit und Beteiligung der Gemeinde Neuhausen, A. Cadario: Leitungsführung via Wegtrasse, ohne Bäume fällen zu müssen, E. Zehnder: Auszulösendes Bauvolumen im Leitungsbau und Baunebengewerbe)

"Die kritische Haltung von Christian Meister haben Sie gehört. Es waren die viel gescholtenen Politiker im SR und GrSR, welche die Etawatt gegründet haben. Das ist auch ein Beweis für die Kompetenz des städtischen Gaswerkes, dass man über das Energie-Contracting versucht, Kundinnen und Kunden für die Zukunft zu gewinnen. Das soll legitim sein. Man verlangt von uns, dass wir unternehmerische Lösungen suchen und nicht einfach verwalten. Ich könnte es nicht besser formulieren, als Christian Meister diesen Vorgang geschildert hat.

Christian Meister, nach der Erschliessung von Beringen mit Erdgas haben die Beringer 101 Lieferanten, nämlich 100 Erdöllieferanten und einen Gaslieferanten Wenn ein Hauseigentümer eine Zweistoffheizung hat, wo er Erdöl und Erdgas miteinander einsetzen kann, dann sitzen wir wieder im gleichen Boot, dann müssen wir ihn nur noch dazu bewegen, dass er isoliert, dass er ein BHKW erstellt, dass er eine Erdsonde einsetzt, um gewisse Energiespitzen zu decken. Dann haben wir eine gute investitionsfreundliche bauvolumenauslösende Energiesituation in Beringen. Das wollen wir.

Ob die Erdgasvorräte in 60 Jahren erschöpft sein werden, wissen wir nicht; das wissen wir aber auch hinsichtlich des Erdöls nicht.

Erdgas ist explosiv, das stimmt. Erdöl ist aber toxisch. Beides sind Energien, mit denen man sorgfältig umgehen muss.

Alles in allem bitte ich Sie, dieser ausgewogenen Vorlage zuzustimmen."

Alfons Cadario (EVP) nimmt Bezug auf das Votum von Christian Meister. "Überall, wo Erdöl abgepumpt wird, ist auch Erdgas vorhanden. Soll man dieses abfackeln und in die Luft hinaus lassen oder es sinnvoll nutzen? Das ist das eine. Wenn es nur noch 60 Jahre Erdgas gibt, dann gibt es auch nur noch 60 Jahre Erdöl. Sollen wir denn überhaupt noch Ölheizungen bauen oder sollen wir nicht gescheiter auf Holz- und Holzschnitzelheizungen umstellen?"

Der Votant erinnert Chr. Meister daran, dass bei Öltankerunglücken oft auch Tausende Lebewesen wie Seevögel und Meerestiere (Fische, Robben usw.) umkommen, was auch zu gewichten sei, obschon Tiere heute noch als eine Sache betrachtet werden. Hievon sind dann auch die Fischer betroffen. So klein sei dieses Problem nicht. Schliesslich hätte es bei Schiffshavarien mit Öltankern auch schon Tote gegeben.

Peter Neukomm (SP) richtet sich in seinem Votum ebenfalls an Christian Meister. "Ich finde einen Aspekt schon noch wichtig. Es geht darum, dass Du kritisierst, dass hier eine langfristige Anlagestrategie gefahren wird. Ich finde das im Gegenteil sinnvoll, dass die Städtischen Werke langfristig und nachhaltig investieren. Die Stadt darf nicht auf den schnellen Profit ausgerichtet sein. Sie ist verpflichtet, den Service public für die Bevölkerung im Auge zu behalten. Wenn Du schon sagst, dass die Liberalisierung auch im Gasmarkt kommt, dann ist es doch sicher sinnvoll, dass die Beringer die Auswahl haben und Gas aus einem öffentlichen Werk, dessen Geschäftspolitik und die Preisbildung einer öffentlichen und demokratischen Kontrolle unterliegen, beziehen können. Ich weiss nicht genau, was Du da so schlecht findest, wenn Du schon davon ausgehst, dass die Liberalisierung kommt."

Roland Schöttle (FDP) Votum

"Ich respektiere die Meinung von GrSR Christian Meister. Ich bin anderer Meinung. Seine Ausführungen würden einer objektiven Prüfung nicht in allen Teilen standhalten. Aber wesentlich scheint mir, dass Chr. Meister überzeugt und überzeugend auch gesagt hat, dass er die Geschäftsführung der Städtischen Werke in Verbindung mit diesem Projekt als positiv betrachtet und damit auch die Zusammenarbeit mit der Etawatt. Das scheint mir betonenswert zu sein."

Der Ratspräsident stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde.

EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Walter Hotz, 1. Vizepräsident verliest die Seitenzahlen 1 - 7 und stellt auch die Beilage zur Diskussion. Das Wort wird nicht verlangt.

ANTRÄGE

Walter Hotz, 1. Vizepräsident verliest die Anträge (Seite 8 der Vorlage)

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag des Stadtrates vom 25. Februar 2003 betreffend „Gaswerk Stadt Schaffhausen, Erschliessung von Beringen mit Erdgas“.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

2. Der Grosse Stadtrat bewilligt für die Erstellung der geplanten Niederdruckleitungen zu Lasten der Spezialfinanzierung „Erschliessung neuer Gebiete“ des Gaswerks der Stadt Schaffhausen einen Kredit von Fr. 500'000.-- inkl. Mehrwertsteuer.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

3. Der Beschluss gem. Ziffer 2 unterliegt nach Art. 11 lit. d der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des SR vom 25. Feb. 2003 sowie die Anträge mit **43 : 1 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 VdSR - Schulversuch "Teilautonome, geleitete Schule (TAGS) Steingut"

EINTRETENSDEBATTE

Dieses Geschäft wurde in einer 13er-SPK vorberaten

Gertrud Walch (SVP) Präsidentin der SPK *

"Ich möchte zuerst über die Kommissionsarbeit berichten, dann etwas Persönliches zum Versuch sagen und schliesslich die Meinung der SVP-Fraktion kundtun.

Zur Kommissionsarbeit: Die 13er-Kommission hat an zwei Sitzungen mit Stadtrat Urs Hunziker getagt. Das Protokoll schrieb Frau Alice Riedel. Rainer Schmidig liess sich durch Paul Bösch ersetzen. An der ersten Sitzung vom 26. März 2003 waren alle anwesend. Urs Hunziker erklärte, dass er dem Wunsch der Lehrerschaft des Steingut-Schulhauses zur Teilnahme am Schulversuch anfangs skeptisch gegenüber stand. Doch die Absicht, die strategische Ebene von der operativen Ebene zu trennen, werde mit geleiteten Schulen möglich. Die Schulleitung übernehme die operative Führung der Schule. Rechte und Pflichten werden schriftlich festgehalten. Die Schulbehörden sollten sich dann auf strategische Arbeiten und die Kontrolle beschränken können. Erst mit der Schulgesetzrevision werde der gesetzliche Rahmen für geleitete Schulen gegeben und sei der Versuchsstatus zu Ende.

In der anschliessenden Diskussion ging es um Fragen betreffend Schulleitung und Schulbehörden, beziehungsweise Stadtschulrat:

- Wie werden sich die Aufgaben des Stadtschulrates verändern?
- Wie ist das Anforderungsprofil für die Schulleitung?
- Wie und durch wen werden die Lehrerqualifikationen durchgeführt werden?

- Geschieht dies durch den Schulleiter? Dies war umstritten. Es wurde erklärt, dass die Schulleiter nach Möglichkeit nicht aus den eigenen Reihen kommen, dass sie aber auch unterrichten sollten. Wir hörten, dass sich der Kanton Schaffhausen statt dem LQS ein förderorientiertes System vorstellt.

Es wurde weiter die Frage nach der Versuchsdauer gestellt. Die ändern drei fünfjährigen Versuche mit teilautonom geleiteter Schule haben schon vor mehreren Jahren begonnen. Jetzt kommt die Steingut-Schule. Da laufen die Versuche auch zu unterschiedlichen Zeiten aus und können zu unterschiedlichen Zeiten erst in ein Definitivum überführt werden.

Eine weitere zentrale Frage war: Wer wertet die Schulversuche aus? Wird der Ist-Zustand bei Versuchsbeginn und der Endzustand nach Versuchsabschluss getestet? Kann also eine Qualitätsverbesserung gemessen werden, welche die anfallenden Kosten rechtfertigen würde? Als Antwort hörten wir, dass es schwierig sei, den Ist-Zustand zu definieren. Und wir vernahmen, dass die laufenden Schulversuche im Kanton Schaffhausen durch den kantonalen Projektleiter Hansjörg Hophan ausgewertet werden.

Am Schluss der ersten Sitzung wurde über das Eintreten abgestimmt. Alle 12 Kommissionsmitglieder waren für Eintreten. Das 13. Mitglied musste uns kurz vor der Abstimmung verlassen, hatte aber klar ebenfalls Eintreten signalisiert. Mit dem ersten Protokoll erhielten wir auch das "Rahmenkonzept für die Entwicklung teilautonom, geleiteter Schulen".

An der kürzeren zweiten Sitzung vom 8. Mai 2003 wurde bei der Detailberatung noch nach den jährlichen Versuchsberichten gefragt. Zudem muss auf Seite 10 der Vorlage beim 1. Antrag noch das Datum korrigiert werden. Statt 21. Januar 2003 sollte 25. Februar 2003 stehen. Das ist das Datum, an welchem die Vorlage in den Grossen Stadtrat kam. Der Vorlage wurde einstimmig zugestimmt, bei einer Abwesenheit, denn ein Kommissionsmitglied fehlte an dieser ganzen letzten Sitzung.

Das Protokoll der zweiten Sitzung erhielten wir rechtzeitig vor den Fraktionssitzungen. Zudem wurde uns noch der Bericht der Schulleitung Steig und Hohberg über das Versuchsjahr 2001/2002 zugestellt. Dafür möchte ich mich bei Urs Hunziker und seinem Team bedanken.

Soviel über die beiden Kommissionssitzungen.

Nun meine persönliche Meinung:

Neben den bisher als teilautonom geleiteten städtischen Schulen Hohberg und Steig in Schaffhausen, sowie Stein am Rhein haben sich neben der Primarschule Steingut auch neu die Primarschulen Wilchingen, Trasadingen und Osterfingen sowie die Orientierungsschule Wilchingen für einen teilautonomen Schulversuch gemeldet. Sie erhielten bereits vom Regierungsrat die Zustimmung für einen solchen Schulversuch.

Anfänglich, d.h. 1999 waren nur 5 Versuche vorgesehen. Ab August 2001 wurde diese Begrenzung aber leider aufgehoben.

Ich sage „leider“, da wohl noch andere Schulen mit Schulversuchswünschen kommen werden. Es ist doch sehr verlockend, für einen Versuch Tausende von Franken zu erhalten.

In fünf Jahren sind es für die Steingut-Schule total 379'000 Franken. Für mich ist dieser Betrag sehr hoch. Schön wäre es, wenn die geleitete Schule und die Verbesserung des Unterrichts ohne Mehrkosten möglich wäre! Keine Mehrkosten könnte es dann geben, wenn man die Schulbehörde auf der andern Seite durch die geleitete Schule entlastete. Wenn man also auf der einen Seite für die Schulleitung mehr Geld in die Hand nimmt, dann sollte es möglich sein, auf der andern Seite beim Stadtschulrat das von der Schulleitung Übernommene einzusparen. Doch wird dies wohl erst nach dem Auslaufen der Schulversuche der Fall sein."

Gertrud Walch (SVP) Fraktionserklärung SVP *

"Abschliessend noch die Meinung der SVP-Fraktion:

Die SVP-Fraktion stimmt dieser Vorlage zu. Mit dieser Vorlage wird Raphaël Rohners Motion etwas berücksichtigt.

Es wurde auch begrüsst, dass es bei geleiteten Schulen für einige LehrerInnen eine gewisse Aufstiegschance gebe.

Die SVP-Fraktion sieht die teilautonom geleitete Schule als Vorstufe für die Wirkungsorientierte Verwaltung (WoV). Sie weist aber klar auf die immer steigenden Kosten hin und ist deswegen über die Vorlage nicht gerade erfreut.

Doch die Hoffnung auf eine Qualitätsverbesserung überwog die finanziellen Bedenken."

Theresia Derksen (CVP) Votum *

"Das Umfeld der Schulen hat sich in den letzten Jahren verändert. Zum Alltag der Lehrkräfte gehört nicht allein nur das Unterrichten, sondern auch die Aufgabe, den unterschiedlichen Anforderungen in Bezug auf Integration, Konfliktbewältigung, Schulschwierigkeiten, Information usw. gerecht zu werden. Ein flexibles Eingehen auf schulspezifische Aufgaben erfordert die nötigen Gestaltungs- und Handlungsspielräume für die Festlegung und Umsetzung von Zielen. Eine teilautonome und geleitete Schule schafft die nötigen Rahmenbedingungen dazu.

Die Lehrkräfte der Primarschule Steingut selbst haben den Wunsch geäussert, am Versuch TAGS teilnehmen zu dürfen. TAGS bildet ihrer Ansicht nach die optimale Grundlage, um die pädagogischen Inhalte in einen passenden strukturellen und organisatorischen Rahmen einzubetten. Dass die Lehrkräfte bereit sind Teamarbeit zu leisten, ist eine gute Voraussetzung dafür, dass sie sich nicht nur gemeinsame Ziele setzen wollen, sondern auch bereit sind, sich zu verpflichten, Verbesserungen auch anzustreben. Dies führt nicht zuletzt auch zur Qualitätssicherung.

In einer teilautonomen und geleiteten Schule (TAGS) zu arbeiten ist nicht einfacher, sondern fordert von jeder Lehrperson ein erhöhtes Engagement für alle Bereiche der Schule. Die Lehrkräfte des Schulhauses Steingut sind bereit, sich für ihr Schulhaus und ihre Schüler intensiv und als Team zu engagieren und möchten flexibel und schnell auf die Schulhaus internen Eigenarten und Schwierigkeiten reagieren können."

Diesem Wunsch entspricht die CVP gerne und wird deshalb den entsprechenden Anträgen zustimmen, damit auch die finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen werden können."

Mariann Keller (SP) Fraktionserklärung *

"Zuerst möchte ich Frau Gertrud Walch für die konstruktive Sitzungsleitung und die sachliche Berichterstattung danken.

Wie Sie der Vorlage entnehmen können, hat sich das Umfeld der Schulen in den letzten Jahren massiv verändert, was auf verschiedenen Ebenen zu neuen und zusätzlichen Anforderungen führt. Die quartierspezifischen Aufgabenstellungen, wie Integration, Förderungsunterricht, Gewaltprävention und Öffentlichkeitsarbeit erfordern ein erhöhtes Mass an Engagement der Lehrpersonen. Die herkömmliche Organisationsstruktur wird diesen Anforderungen nicht mehr gerecht. Die Schulen benötigen erweiterte Kompetenz innerhalb der operativen Ebene, um auf die spezifischen lokalen Verhältnisse in einer angemessenen Zeit reagieren zu können. Der Regierungsrat hat deshalb am 30. März 1999 ein Rahmenkonzept für teilautonom geleitete Schulen verabschiedet.

Eine Arbeitsgruppe des Erziehungsrates hat sich für die Umsetzung von TAGS vor allem am Zürcher Projekt "Teilautonome Volksschulen im Kanton Zürich" orientiert. Damit nutzte sie bereits gemachte Erfahrungen und schloss sich einer gesamtschweizerischen Entwicklung an. Der Erziehungsrat hat die flächendeckende Einführung von teilautonom geführten Schulen als Fernziel einstimmig beschlossen.

Den Schulen ist es damit möglich, sich ein eigenes Profil zu geben und auf die quartierspezifischen Bedürfnisse zu reagieren. Die externe Evaluation und Ist - Analyse wurde von den beteiligten Schulteams von Beginn weg erwünscht. Die Auseinandersetzung in der Spezialkommission rund um die Qualitätssicherung ist begrüssenswert. Dazu ist aber zu sagen, dass in den manchmal beinahe enthusiastischen Bestrebungen, Qualität zu sichern, nicht vergessen werden darf, dass gerade im Bereich Schule die zu messenden Faktoren weich sind und sich deshalb nicht so eindeutig einreihen und vergleichen lassen. Die zunehmende Autonomie der einzelnen Schulen verlangt eine Schulhaus nahe Führungsebene, eine neue Ausrichtung der Qualitätssicherung und die Erstellung eines Leitbildes in Eigenregie. Wie bisher, wird jährlich ein Bericht über die Selbstevaluation zuhanden der Schulbehörden, des Kantons und des Inspektorats abgeliefert.

Da der gesetzliche Rahmen fehlt, muss die teilautonome Schulführung als fünfjährige Versuchsphase geführt werden. Dieselben Bestimmungen gelten auch für die Schulhäuser Steig und Hohberg. Vorgesehen sind Übergangsbestimmungen, die den Versuch in ein Definitivum überführen sollen.

Seit Februar 2000 sind die Schulhäuser Hohberg und Primarschule Steig an diesem Versuch beteiligt. Im Rahmenkonzept des Erziehungsrates sind die Rahmenbedingungen festgehalten, der Lehrplan und die Lehrmittel sind vorgegeben. TAGS schafft eine Schulleitung mit klaren Führungsaufgaben und übergibt den Schulen verstärkten Spielraum innerhalb der operativen Ebene. Ziel von TAGS darf nicht sein, dass nur zusätzliche Pflichten geschaffen werden. Zu wünschen ist, dass die Eigeninitiative des Teams für Schulhaus interne Projekte unterstützt und die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die bisherige Erfahrung zeigt, dass sich die teilautonome Führungsstruktur auf den Ebenen Kinder - und Elternbetreuung, der Schulhauskultur, sowie der Teamqualität positiv ausgewirkt hat.

Der Austausch innerhalb des Teams ist kontinuierlicher und kritischer geworden, Defizite werden thematisiert und die Identifikation mit dem Betrieb hat sich verstärkt. Die Möglichkeit, eigene Visionen und Projekte zu entwickeln, die auch den Schulhaus spezifischen Anforderungen entsprechen, kann als positive Auswirkung angesehen werden.

Das Team vom Schulhaus Steingut hat sein Interesse an der Teilnahme von TAGS bereits vor 2 Jahren bekundet. In der Zwischenzeit hat das Team ein hohes Mass an Eigeninitiative in den Bereichen Integration, Förderunterricht und Teamentwicklung bewiesen. Unsere Zustimmung, das Schulhaus Steingut in eine teilautonom geführte Schule zu überführen, wäre unter anderem auch eine Anerkennung für das hohe Engagement dieses Schulteams.

Die positiven Erfahrungen und Auswertungen der teilautonom geführten Schulen und die freiwillige Teilnahme der betroffenen Teams am Versuch überzeugen. Wenn uns die Weiterentwicklung unserer Schulen wirklich ein Anliegen ist, müssen wir TAGS unterstützen. Die SP - Fraktion kann Ihnen das Eintreten und die Zustimmung zur Vorlage bekanntgeben."

Thomas Hauser (FDP) Fraktionserklärung FDP *

"Die FDP-Fraktion wird grossmehrheitlich dieser Vorlage zustimmen. Der eingeschlagene Weg von Kanton und Stadt über teilautonom geleitete Schulen hin zu geleiteten Schulen, ist an sich richtig und liegt im bildungspolitischen Trend der Schweiz. Gleichzeitig entsprechen die Versuche mit teilautonom geleiteten Schulen auch dem Auftrag der überwiesenen Motion von Raphaël Rohner zur Entlastung des Stadtschulrates.

Es wurden aber auch kritische Stimmen innerhalb der FDP-Fraktion laut. Zum einen wurde kritisiert, dass schon wieder ein 5-jähriger Versuch zu einem Thema aufgenommen wird, zudem bereits seit zwei und mehr Jahren Versuche laufen. Was geschieht an den Schulen Steig und Hohberg, wenn die Versuche auslaufen, und das Experiment Steingutschule langsam Halbzeit feiert? Wenn man von Erziehungswissenschaftlern immer wieder hört, die Schule soll sich wieder vermehrt auf das Kerngeschäft *Unterrichten* konzentrieren, wurde zum anderen auch der Kosten-Nutzen-Effekt dieser Vorlage in Frage gestellt.

Wie aber eingangs erwähnt, wird eine grosse Mehrheit der FDP-Fraktion auf die Vorlage eintreten und den Anträgen zustimmen. Wenn ich in die Reihe schaue, sind wir jetzt alle für Zustimmung - die anderen sind zu Hause. Eines ist klar, die immer verlangte Qualitätssicherung und Qualitätssteigerung der Schule ist nur möglich, wenn den einzelnen Schulhäusern mehr Verantwortung zugesprochen wird. Mit unserer Zustimmung verbinden wir aber auch die Hoffnung, dass bald etwas Definitives ins Auge gefasst - und umgesetzt wird."

Erwin Sutter (EDU) Votum *

"Teilautonome Schulen werden, wenn es nach dem Willen des Regierungsrates geht, in nächster Zukunft wohl die Standardschulform sein. Sie entspricht im wesentlichen dem Trend nach mehr Selbständigkeit und dem Wunsch, individuell auf die Ausbildungsbedürfnisse eines Quartiers eingehen zu können. Letztlich lässt sich diese schulische Form auch problemlos in unser WoV-Konzept integrieren.

Grundlagen der schulischen Leistungen werden pro Schule in einem Leitbild festgehalten, das z.B. ein Bekenntnis zur Qualität und zu ständiger Weiterentwicklung enthält, oder auch Aussagen über den Umgang mit Gewalt beinhaltet. Damit wird ein Fundament gelegt, das im Prinzip die Leistungen einer Schule tatsächlich messbar verbessern könnte.

Nun handelt es sich halt wieder einmal um einen neuen Schulversuch, obwohl dieser Ausdruck ja wirklich unpassend ist, da es sich hier um einen irreversiblen Vorgang handelt. Wohl niemand glaubt daran, dass der Abbruch eines solchen Versuchs wieder einer Rückkehr zu den Ausgangspositionen gleich käme.

Trotzdem, wenn wir ein neues, Kosten verursachendes System starten, so ist es ja wohl kaum abwegig, wenn wir auch danach fragen, ob der Nutzen pro eingesetztem Franken, sozusagen der "Return on Investment", auch gewinnbringend ist.

Dazu müssten wir allerdings den Ausgangszustand messbar oder wenigstens durch klare Aussagen beurteilbar kennen, um dann in ein paar Jahren einen Vergleich anstellen zu können, was sich nun verbessert und was sich gegebenenfalls auch verschlechtert hat, also um Bilanz ziehen zu können. Nur ist das in vorliegendem Fall leider nicht möglich. Ich kann nur hoffen, dass der Politik in Zukunft Leistungsindikatoren zur Beurteilung zur Verfügung gestellt werden. Dazu müsste eine Schulleitung natürlich neben einem Leitbild auch klar definieren, was sie unter Qualität versteht, um dann daraus Indikatoren ableiten zu können.

Wir haben in der SPK darüber einige Diskussionen geführt, ohne dass wir dabei ein Ziel oder auch nur ein tiefer gehendes gegenseitiges Verständnis erreicht hätten. So möchte ich hier doch einige Möglichkeiten nennen, wie die Qualität einer Schule messbar gemacht werden könnte.

Vorerst möchte ich einige Anspruchsgruppen nennen, die ein Interesse an den schulischen Leistungen anbringen:

- die Schüler - diese werden wohl in vielen Fällen das Zentrum aller Anstrengungen sein, wie das auch in der Vorlage auf Seite 2 erwähnt ist.
- die Eltern mit der Erwartung, dass ihre Kinder einmal beruflich oder mind. im Leben erfolgreich sein werden.
- die Lehrer der nachfolgenden Schulstufen (also im Fall Steingut die Real- oder Sekundarlehrer).
- die Wirtschaft mit dem Bedürfnis nach gutem Nachwuchs.
- die Gesellschaft, mit dem Anspruch nach hoher sozialer Kompetenz der Jugendlichen.

Nur schon aufgrund der Menge dieser Anspruchsgruppen wird klar, dass es wohl kaum gelingt, es allen recht zu machen. Alle wollen ja nur das Beste. Nur müssen wir uns im Klaren über die Prioritäten werden, und auch den Mut haben, diese zu formulieren.

Nun würde ich gerne einige Qualitätskriterien nennen, die messbar gemacht werden können - die Schule hat ja zuerst einmal das Ziel, Wissen zu vermitteln:

- Schülerleistungen im Vergleich zu standardisierten Tests, die auch Trends erkennen lassen. (Beispiele dazu sind im grossen Massstab der vergleichende PISA-Test oder im kleinen die ehemaligen Sekprüfungen, die früher wenigstens als Leistungsindikator zur Verfügung standen).
- Integration von Schülern aus Minderheiten
- Zufriedenheit mit der Schule (Kinder und Eltern)
- Soll/Ist-Vergleich mit den Aussagen des Leitbilds
- erfolgreiche Zulassung zu höheren Schulen
- Portfolio-Analyse (Stärken/Schwächen)
- Leistungsvergleich mit anderen Schulen mit möglichst ähnlichen sozialen und kulturellen Voraussetzungen
- Qualität des Schulklimas (eine durchaus messbare Grösse). Denken wir etwa an Ängste von Schülern und Lehrern, Umgang mit Gewalt, Möglichkeiten zur freien Meinungsäusserung, ohne ausgelacht zu werden, motivierendes Umfeld (macht Leistung Freude oder ist sie nur Krampf?).

Literatur zur Erhebung von Qualitätsindikatoren ist in grosser Menge vorhanden.

Nun zurück zur eigentlichen Vorlage. Hier wird direkt oder indirekt die Qualität der Schule angesprochen (z.B. Seite 3: "Qualitätssicherung wird für das Team zur Selbstverständlichkeit", Seite 6: "Ziele dieser Arbeit sind u.a. die Qualitätsverbesserung der schulischen Arbeit").

Was ich für die Entscheidungsträger in der Politik wünsche ist, dass die Qualität Namen bekommt, welche messbar sind. Mit anderen Worten: ich erwarte, dass in naher Zukunft Daten erhoben werden, die uns Investitionen in die Schulbildung erleichtern.

Der uns zur Entscheidung vorliegende Text enthält zwar wenig konkrete Angaben darüber. Trotzdem bildet die TAGS den Rahmen, in dem die von mir genannten Entwicklungen eingeleitet werden können. Dies ist der wesentliche Grund, weshalb ich der Vorlage zustimmen werde. Daneben finde ich es auch positiv, wenn Lehrer in Zukunft auch Entwicklungsmöglichkeiten bekommen in Richtung Schulleitung, und dadurch in Managementaufgaben hinein wachsen können. Damit tun wir mindestens etwas gegen den Trend zum Ausstieg von Lehrern in die Geschäftswelt.

Zum Schluss wünsche ich, dass z.B. im Rahmen des Geschäftsberichts etwas mehr über die Situation an den Schulen informiert wird, als nur Statistiken über Klassen- oder Lehrerbestände aufzuführen."

Hüseyin Palaz (OeBS) Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB *

"Das Rahmenkonzept für die Entwicklung teilautonom, geleiteter Schulen ist sehr gut vorbereitet für Situationen und Bedürfnisse der Schulen für die Unterrichtung der SchülerInnen aus allen gesellschaftlichen und sozialen Schichten. Es ist auf Seite 3 der stadträtlichen Vorlage gut dargestellt.

Ich habe in den Integrationskommissionen mitgewirkt. Während den Sitzungen habe ich immer von Erziehung gesprochen. Ich bin aber nicht sicher, ob dieses Wort genügend Gewicht erhalten hat.

Wenn mir jemand vor 30 Jahren gesagt hätte, dass im Jahr 2000 in Schaffhausen 50 Ethnien zusammenleben würden, hätte ich es nicht geglaubt. Heute ist dies Tatsache geworden. Es ist nicht einfach, kulturelle, mentale und religiöse Unterschiede zu vergessen und sie wie Butter und Brot zu vereinen. Nach meiner Erfahrung ärgert man sich, ohne es gegenseitig zu wissen. Die beste Lösung ist Offenheit, Ehrlichkeit, Toleranz und die Bereitschaft, den Anderen anzuhören.

Unsere Kinder brauchen eine sehr gute Schulbildung, eine gute Erziehung und eine sehr gute Berufsausbildung.

Zur Vorlage des SR betr. Schulversuch TAGS: Die OeBS/EVP/GB-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen. Wir bedanken uns beim Stadtrat, dem Schulreferenten und seinem Team für die gute Vorlage.

Ich bedanke mich bei der Kommissionspräsidentin, den Mitgliedern der SPK, den Fachleuten und den LehrerInnen, welche mir bei der Entscheidungsfindung geholfen haben."

Raphaël Rohner (FDP) Votum

"Wenn ich diese Äusserungen der FraktionssprecherInnen zu diesem neuen Schulversuch höre, welcher übrigens auf Wunsch des Schulhausteams verwirklicht werden soll, dann möchte ich meiner Freude Ausdruck geben. Es stützt dies die Bestrebungen von Regierung und Erziehungsrat, dass wir möglichst bald flächendeckend im ganzen Kanton auf die geleitete Schule übergehen können. Wenn wir unsere Zweifel haben in Bezug auf den Nutzen, dann möchte ich die übergeordneten Entwicklungsziele, die mit dieser geleiteten Schule im Zusammenhang stehen, in Erinnerung rufen.

Zum einen will die geleitete Schule eine erfolgsversprechende Antwort sein auf die zunehmenden gesellschaftlichen Forderungen und Herausforderungen, so wie Sie sie in Ihren Statements schon mehrfach erwähnt haben. Das sind Herausforderungen, mit denen die Volksschule heute in vermehrtem Masse konfrontiert ist - u.a. durch die Heterogenität der Gesellschaft. Nur mit der geleiteten Schule können wir hier mittelfristig eine Qualität sichernde Antwort geben. Dann wird es auch zu einer Reorganisation der Steuerungsabläufe kommen. Es entsteht eine ganz neue Führungsebene. Wenn wir von WoV sprechen, lassen wir hier vielleicht WoV noch auf der Seite. Es ist nämlich nicht ganz dasselbe. Vom Gedankengut her wird die Schule selbstverständlich eine organisatorische Einheit darstellen, die auch führungsmässig autonom ist, aber man kann nicht Ungleiches mit Ungleichem vergleichen. Es entsteht also eine neue Führungsebene unmittelbar dort, wo die praktische Arbeit mit dem Kind geleistet wird. Das ist entscheidend, auch für die Beantwortung der Frage des Nutzens.

Die Arbeit der SchulleiterInnen zusammen mit dem ganzen Team ist ein Teamentwicklungsprozess, der das Ganze initialisiert und auch auf die mittel- und längerfristige Ebene dann begleiten wird. Dies trägt zu einer wirkungsvolleren und auch leistungsfähigeren Organisation und zu einer ständigen Qualitätsförderung in unserem Volksschul-Bildungssystem bei. Das ist ganz entscheidend.

Es gibt aber auch ein neues Verständnis der Schule als Partnerin von Erziehungsberechtigten, von Behörden und der Gesellschaft. Das ist ein immenser Schritt, den die Schule hier macht. Diesen Schritt müssen wir durch unsere Arbeit auch hier im Parlament und durch unsere wohlwollende Zustimmung unterstützen.

Nicht zuletzt geht es auch darum, die Rahmenbedingungen für unsere Lehrpersonen, die sehr gute Arbeit leisten, noch weiter zu verbessern. Ich habe gesagt, es geht hier um Teamentwicklungsprozesse. Die Lehrpersonen engagieren sich sehr stark für diese Projekte der geleiteten Schulen. Es soll auch hier die Möglichkeit bestehen, die Anliegen der Lehrpersonen noch besser zu fördern und zu unterstützen.

Wir haben nach Nutzen gefragt. Wir haben gefragt, in wie weit das Ganze auch mit diesem doch erheblichen, finanziellen "Hosenlupf" zu vereinbaren sei. Wenn wir diese Entwicklungsziele, die ich kurz skizziert habe, erreichen, können wir klar zur Antwort geben, dass es sich lohnt, diese Investition zu tätigen. Wir alle werden auch nächstes Jahr - wenn es wieder um die Wahlen geht - gross auf unsere Fahnen schreiben, dass wir sehr bereit sind, uns auch für die Bildung einzusetzen und dass Bildung die Investition in unsere Zukunft und auch in die Zukunft unserer Nachkommen sein soll. Wenn wir heute dieser Vorlage zustimmen, haben wir den Tatbeweis bereits erbracht, und dann kann ich Ihnen eigentlich nur gratulieren.

Die Kommissionspräsidentin hat darauf hingewiesen, dass die Regierung diesem Schulversuch bereits zugestimmt hat - natürlich vorbehältlich der Zustimmung dieses Rates. Auch da ist ein Zeichen gesetzt worden. Die Regierung unterstützt uns. Ich kann Ihnen versichern, dass diese Phase der Versuche schon relativ bald auslaufen wird. Es ist eine Projektgruppe beim Kanton im Auftrag des kantonalen Schulamtes und des Erziehungsdepartementes daran, hier die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit diese Versuchsphasen dann in ein Definitivum übergeführt werden können - im Interesse der SchülerInnen, der Lehrpersonen und der Behörden."

Urs Tanner (SP) Votum

"Ich möchte die Gelegenheit benutzen, nach der WoV-Vision in Beziehung zu dieser Schul-Vorlage von Kollege Erwin Sutter, noch meine kurze Bildungsvision zu skizzieren.

Raphaël Rohner hat recht, es ist eine sehr gute, wichtige und notwendige Vorlage. Aber es ist kein Riesenschritt, den wir hier tun.

Bei diesem Zungenbrecher TAGS - dieser teilautonom, geleiteten Schule - hat Kollege Rohner das Wort *teilautonom* wahrscheinlich nicht absichtlich zwei-/dreimal weggelassen; sie ist eben doch sehr teilautonom und nur teilweise geleitet.

Ich möchte Ihnen meine Bildungsvision nur ganz kurz in 2 bis 3 Thesen jenseits von städtischem und kantonalen Recht - was die Kompetenzen anbelangt - skizzieren.

Ich hätte die Vision einer "AGS". Ich lasse das T weg. In 4 oder 5 Jahren wünsche ich mir eine Vorlage über eine autonom geleitete Schule - ohne Komma zwischen autonom und geleitete -, die vielleicht auch echte Kompetenzen der Lehrerschaft definieren würde (Kompetenzen eines Schul - Time out mit logischerweise einer Rekursmöglichkeit an eine höhere Instanz, Anleitung wie man inhaltlich/didaktisch auf eine Katastrophenmeldung, wie die PISA-Studie eine war, reagiert oder wie man sich gegenüber Forderungen von Firmen nach Multi-Checks, welche die Schulnoten obsolet machen, zu verhalten hat).

Das ist keine Kritik an dieser guten und notwendigen Vorlage. Es wird aber immer mit einer Vorlage auf die Vergangenheit reagiert, welche man als einen grossen Schritt bezeichnet. Das ist sie nicht. Ich wünsche ein wenig mehr Tempo, mehr Zug in die Bildungspolitik, vielleicht im Sinne einer "AGS".

SR Urs Hunziker Stellungnahme des SR *

"Ich möchte einleitend auf die Zusammenhänge bezüglich TAGS zurück kommen. Der Regierungsrat hat am 30. März 1999 das Rahmenkonzept des Erziehungsrates für teilautonom, geleitete Schulen genehmigt. Die wichtigsten Merkmale einer solchen Schule sind viel Freiraum und Unterstützung zur Planung und Gestaltung der Schulhaus eigenen Arbeit, Eigenverantwortung im administrativen Bereich - selbstverständlich unter Einhaltung der staatlichen Rahmenbedingungen, ein eigenständiges, pädagogisches Profil, ein Schulhaus-Leitbild, Kooperation, intensive Elternkontakte, Teamarbeit und Schulentwicklung als permanente Aufgabe.

Der Schulleitung obliegt die operative Führung, während sich die Schulbehörde auf die strategischen Aufgaben und auf das Controlling beschränken kann. Selbst- und Fremdevaluation sind unabdingbare Voraussetzungen für eine teilautonom, geleitete Schule. Rechte und Pflichten werden in einer schriftlichen Vereinbarung festgelegt. Für die strategischen Entscheide ist eine Steuergruppe zuständig, bestehend aus Fachbegleitung, Schulbehördemitgliedern, Vertretern des ED und der Schulleitung.

Sie haben bereits gehört, dass seit Februar 2000 das Schulhaus Hohberg und seit August 2000 auch die Primarschule Steig am fünfjährigen Versuch teilnehmen. Die bis heute gewonnenen Erfahrungen sind aufschlussreich und richtungsweisend für die weitere Entwicklung hin zu geleiteten Schulen. Der Erziehungsrat hat am 29. August 2001 beschlossen, die Zulassungsbeschränkung für den TAGS-Versuch aufzuheben.

Die Primarschule Steingut hat bereits im März 2001 ihr Interesse zum Einstieg in den fünfjährigen Schulversuch angemeldet. Der Stadtschulrat wiederum hat am 9. Januar 2003 die entsprechende Vorlage an den SR verabschiedet. Der SR seinerseits hat die nun vorliegende Vorlage am 25. Februar 03 an den GrSR überwiesen.

Wie auch immer Reformen im Schulwesen gelagert sein mögen, meist lösen sie bei den direkt beteiligten Mitarbeitenden Ängste aus. Stadtschulrat und Stadtrat sind sich dieser Tatsache wohl bewusst. Um so mehr gilt es deshalb, Bestrebungen von Schulhaus-Teams, welche in Eigeninitiative einen Schritt in die beschriebene Richtung tun wollen, zu unterstützen. Neuerungen im Schulwesen sind nur dann erfolversprechend, wenn sie von der Basis mitgetragen werden. Vor diesem Hintergrund präsentieren wir Ihnen die Vorlage zur versuchsweisen Überführung der Schule Steingut in eine teilautonome, geleitete Schule.

Die Lehrerschaft des Schulhauses Steingut hat aus den Ihnen allen bestens bekannten Gründen mit massiven strukturellen Problemen zu kämpfen. Der Wille der Lehrpersonen, sich auch unter erschwerten Bedingungen für eine gute Schule mit Vehemenz einzusetzen, ist unverkennbar. Diese Bestrebungen liessen aus dem Kollegium – so wie man bisher zu sagen pflegte – ein Team werden, welches sich bewusst ist, dass Einzelkämpfertum heutzutage in unserem Schulwesen nichts mehr verloren hat. Vielmehr gilt es, gemeinsam und zielstrebig die anstehenden vielschichtigen Probleme anzugehen und Lösungen zu suchen.

Das Steingut-Team ist überzeugt, als teilautonom geleitete Schule die erwähnten Probleme besser angehen zu können, und gelangte deshalb mit dem Wunsch an den Stadtschulrat und SR, sich am Versuch beteiligen zu können.

Wie bereits erwähnt, ist damit eine aus meiner Sichtweise wichtige Bedingung erfüllt: die Basis trägt den Schulversuch, der eigentlich gar kein neuer, sondern nur die Ausweitung eines bestehenden ist, mit.

Erziehungsrat und Regierungsrat haben der Teilnahme des Schulhauses Steingut am Versuch bereits zugestimmt; dies bestimmt auch in Anbetracht der bereits seit längerem bekundeten Absicht des Kantons, flächendeckend geleitete Schulen einzuführen.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle noch einige Worte zu den Begrifflichkeiten: In der Vorlage wird von „teilautonom geleiteten Schulen“ gesprochen. Dies deshalb, weil das kantonale Rahmenkonzept diesen Begriff verwendet; wir haben ihn so übernehmen müssen.

Betrachtet man jedoch die Diskussionen in diesem Bereich des Erziehungswesens, so stellt man fest, dass je länger je mehr nur noch der Sammelbegriff „Geleitete Schulen“ für die verschiedenen Formen verwendet wird.

Angesichts der anfallenden Kosten werden Sie sich wohl fragen, was denn die ganze Übung bringen soll.

Längerfristig kann man davon ausgehen, dass die jetzt zur Erprobung anstehenden Modelle – wie auch immer die definitive Ausgestaltung aussehen wird – zu einer Entlastung der örtlichen Schulbehörde führen werden – ein Aspekt, der vor allem in der Stadt Schaffhausen nicht unterschätzt werden darf.

Weit wichtiger scheint mir aber die Tatsache, dass dem Team Steingut mit der Teilnahme am Schulversuch TAGS die Werkzeuge ausgehändigt werden, die benötigt werden, um noch zielgerichteter an einer Qualitätsverbesserung der Schule zu arbeiten. Dazu gehört meines Erachtens eine straffe Schulführung, welche mit dem Einsatz einer Schulleiterin oder eines Schulleiters mit Kompetenzen gewährleistet werden kann.

Während meiner Zeit als Reallehrer hätte ich unserem damaligen Vorsteher von Herzen gerne ein Quäntchen mehr Kompetenzen gegönnt – es kann doch nicht sein, dass eine Vorsteherin oder ein Vorsteher lediglich gewissermassen Statthalter des Stadtschulrates und als solche /solcher für den Aushang von Mitteilungen besorgt ist, die Pausenaufsicht organisiert, und die Stundenplangestaltung übernimmt – um nur ein paar typische Vorsteheraufgaben zu nennen.

Im bisherigen System halten sich Kompetenzen und Pflichten **nicht** die Waage. Dabei sollte es doch möglich sein, dass die Schulleitung – ich wechsele hier bewusst zum neuen Begriff – das notwendige Zeitgefäss hat, teambildende Prozesse einzuleiten, Schulhaus interne Weiterbildung zu organisieren und damit konsequent zur Qualitätsverbesserung der Schule beizutragen. Schulqualität ist ein dynamischer Begriff – Stillstand bedeutet hier Rückschritt.

Ich bitte Sie deshalb, auf die Vorlage "Teilautonom geleitete Schule Steingut" einzutreten und ihr zuzustimmen. Sie ermöglichen damit ein Stück Schulentwicklung zugunsten einer leistungsfähigen Volksschule.

Ich bin überzeugt, dass wir mit der längerfristigen, flächendeckenden Einführung geleiteter Schulen auf dem richtigen Weg sind. Der Schulversuch Tags Steingut ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung."

Der Ratspräsident stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde.

EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Walter Hotz, 1. Vizepräsident verliest die Seitenzahlen 1 - 9 und stellt auch die Anhänge 1 - 4 zur Diskussion. Das Wort wird nicht verlangt.

ANTRÄGE

Walter Hotz, 1. Vizepräsident verliest die Anträge (Seite 10 der Vorlage)

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag des Stadtschulrates und des Stadtrates bezüglich eines Schulversuches "Teilautonome, geleitete Schule (TAGS) Steingut" vom 25. Februar 2003.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

2. Er stimmt der Durchführung eines fünfjährigen Schulversuches "Teilautonome, geleitete Schule Steingut" (Beginn Schuljahr 2003/2004) zu, unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch den Erziehungsrat und den Regierungsrat.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

3. Er bewilligt einen Kredit von maximal Fr. 379'000.-- für die fünfjährige Laufzeit des Schulversuchs. Die jährlichen Tranchen werden jeweils mit dem Budget bewilligt.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

4. Dieser Beschluss untersteht gemäss Artikel 11 Abs. 1 lit. d der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des SR vom 25. Feb. 2003 sowie die Anträge mit **45 : 0 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 MOTION Christian Hablützel (SP) - Konferenz zum Widerstand gegen das Endlager von hochradioaktivem Sondermüll in Benken

Christian Hablützel (SP) Begründung *

"Seit Wochen sind attraktive Einfamilienhäuser und Bauland in Benken inseriert und offensichtlich will keiner hin. Seit dem Einreichen meiner Motion sind einige Monate verstrichen, und es hat sich zum Thema Endlagerung von hoch radioaktivem Müll in Benken einiges getan. Der Regierungsrat ist aktiv geworden und steht auf Kantons- und Bundesebene im kritischen Dialog.

Am vergangenen Wochenende äusserte sich die Bevölkerung zum Thema Kernenergie an den Urnen. Der kurzfristige Ausstieg aus der Kernenergie wurde in der Stadt Schaffhausen zwar abgelehnt, das Moratorium hingegen erhielt eine Ja-Mehrheit. Die Besorgnis der Schaffhauser Bevölkerung ist gross. Mit unserer Motion „Konferenz zum Widerstand gegen das Endlager von hoch radioaktivem Sondermüll in Benken“ möchten wir den Stadtrat auffordern, den Widerstand gegen das geplante Endlager in Benken auf kommunaler Ebene anzuführen und alle geeigneten Massnahmen zu treffen, die Interessen der Stadt Schaffhausen im Zusammenhang mit dem fahrlässigen Vorentscheid für ein Endlager in Benken zu vertreten. Neben ideologischen und ethischen Argumenten gibt es nämlich objektive, handfeste Gründe, jetzt und entschieden zu handeln:

Ich möchte einige kritische Punkte zur Begründung der Motion anführen:

1. **Politische Vernunft** Wie die Geschichte zeigt, lassen sich Grossprojekte im derart sensiblen Bereich der Nukleartechnologie in demokratischen Gesellschaften nirgends gegen den Widerstand und ohne Mitbestimmung der betroffenen Regionen nachhaltig realisieren. Das bisherige Vorgehen der Nagra und des Bundes kann politisch nur als grob fahrlässig bezeichnet werden. Sind doch bis heute über eine halbe Milliarde Franken in Vorabklärungen verlost worden, ohne dass regionale, wirtschaftliche Folgen für eine betroffene Region überhaupt nur ansatzweise aufgezeigt worden sind. Es ist nicht zufällig, dass günstige Standorte für riskante Technologien entweder in Entwicklungsländern oder in Rand- und Grenzregionen gefunden werden. Das Kriterium scheint daher eher bei der Organisationsfähigkeit der potenziellen Gegner als bei wissenschaftlichen Erkenntnissen zu liegen. Unterschätzt wird auch die Abhängigkeit vom benachbarten Ausland, welches in alter Manier übergangen wurde. Wer nicht - wie der Präsident einer gewissen Partei im Falle der Flughafendebatte - mit der Armee gegen unsere Nachbarn vorgehen will, tut gut daran, regionale Fragen über die Landesgrenze hinweg zu diskutieren.

2. **Machbarkeitsstudien und Wissenschaftlichkeit** Die wissenschaftliche Basis des sogenannten Entsorgungsnachweises ist äusserst fragwürdig. Noch hat es keine Nation der Welt geschafft, ein sicheres Endlager zu konzipieren. Die Eignung des Opalinustons leitet sich allein theoretisch ab. Seine hohe Undurchlässigkeit bezüglich Luft und Wasser ist zwar erwiesen. Sollte aber eine nur knapp 90 Meter dicke Schicht aufgebrochen und für ein Endlager ausgehöhlt werden, kann niemand die Konsequenzen abschätzen. Schon gar nicht in einem geologisch/seismisch noch nicht zur Ruhe gekommenen Gebiet wie dem Weinland. Der noch immer nicht geklärte Verlust von Bohrwasser in Benken lässt grüssen. Sollte die Opalinusschicht gar für Kontroll- und Bewirtschaftungszwecke geöffnet bleiben, sind die Probleme vorprogrammiert.
3. **Undefinierte Abfallmenge** Auch der Standort Benken hätte eine beschränkte Aufnahmekapazität. Solange weiter Müll produziert wird, kann niemand Angaben zur notwendigen Kapazität eines Endlagers machen. Wenn es wahr wäre, dass Benken, wie die Nagra kommuniziert, der einzig geeignete Standort in der Schweiz wäre, hätten wir das Problem nur für eine beschränkte Zeit vom Hals. Sollten danach weitere Standorte zum Handkuss kommen, könnten diese heute ebenfalls zur Diskussion stehen; ich würde dies bei einem Aufwand von über eine halbe Milliarde Franken für Standortabklärungen erwarten. Ich werde den Verdacht nicht los, dass uns hier ein unausgebrütetes Ei untergejubelt werden soll, weil die Nagra die gesprochenen Kredite aufgebraucht hat!
4. **Unberechenbare Technologie** Die Kernenergie ist inklusive der ungelösten Entsorgung nicht nur ökologischer, sondern auch ökonomischer Blödsinn. Dass keine Versicherungsgesellschaft der Welt Atomkraftwerke und nukleare Endlager versichern will und kann, obwohl riesige Prämien bezahlt werden könnten, beweist, dass diese Technologie auch unter ökonomischen Kriterien unausgereift oder gar unverantwortlich ist. Wären die Produzenten von Atomstrom gezwungen, die Vollkosten inklusive Risikoversicherung und Endlagerung zu übernehmen, wäre das Produkt nicht einmal marktfähig. Es ist deshalb auch der Elektrizitätswirtschaft klar, dass in der Schweiz kaum je ein neues Atomkraftwerk ans Netz gehen wird. Die Endlagerung von hoch radioaktivem Abfall muss deshalb final geplant und geregelt werden. Die für ein Endlager auserwählte Region wird dann wohl oder übel auf allen Karten als ökologisches Risikogebiet mit erheblichen Altlasten gekennzeichnet sein. Mittelfristig würde unsere Region nicht nur ihre Attraktivität als Wohn- und Erholungsgebiet einbüßen. "Dank" Negativschlagzeilen blieben Investoren weg und unser Wohnortmarketing würde zur Makulatur verkommen. Längerfristig müsste man das Gebiet wohl grossräumig abgrenzen und überwachen. Ob in der Schweiz mit ihrem kleinen Anteil an fruchtbarem und bewirtschaftbarem Land ausgerechnet das Weinland für ein Endlager geopfert werden soll, lasse ich vorläufig offen.

Ich bin mir bewusst, dass wir letztendlich für unseren Müll die Verantwortung übernehmen müssen. Ich bin aber überzeugt, dass dies unter gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen, internationalen Standards und unter der Berücksichtigung von demokratischen Spielregeln geschehen muss. Die Nagra wie der Bund sind zu beidem offensichtlich (noch) nicht in der Lage. Widerstand ist angesagt, um offene Fragen zu klären, und die bestmögliche - nicht die erst Beste - Lösung zu finden.

Die Stadt Schaffhausen ist die grösste, direkt betroffene Gemeinde. Ich bitte Sie deshalb alle, dem Stadtrat mit der Überweisung der Motion Rückendeckung und Legitimation zu geben, um im Verbund mit den Nachbargemeinden im In- und Ausland und mit dem Kanton unsere kommunalen und regionalen Interessen angemessen zu vertreten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die Stellungnahme des Stadtrates."

Stadtpräsident Marcel Wenger Stellungnahme des Stadtrates *

"Erlauben Sie mir als Vertreter des Stadtrates, zuerst ein paar grundsätzliche Gedanken zum Thema.

Die NAGRA – Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle – hat am 20. Dezember 2002 den Entsorgungsnachweis den Bundesbehörden übergeben. Die Berichte wollen aufzeigen, wie und wo abgebrannte Brennelemente (BE), hoch aktive (HAA) und langlebige mittelaktive Abfälle (LMA) in der Schweiz sicher entsorgt werden könnten. Die Unterlagen werden in den nächsten zwei Jahren von den schweizerischen Behörden und internationalen Experten der OECD/NEA wissenschaftlich geprüft, so dass der Bundesrat voraussichtlich im Jahre 2006 das weitere Vorgehen zur Entsorgung dieser Abfälle festlegen kann. Die Festlegung eines Standortes bleibt einem späteren Rahmenbewilligungsverfahren vorbehalten.

Der Entsorgungsnachweis der NAGRA besteht aus drei Teilen:

- Nachweis, dass es in der Schweiz einen oder mehrere Standorte mit sicherheitstechnisch geeigneten geologischen und hydrogeologischen Eigenschaften gibt (**Standortnachweis**).
- Nachweis, dass ein Lager an einem solchen Standort mit dem heutigen Stand der Technik realisiert und betrieben werden kann (**Nachweis der bautechnischen Machbarkeit**).
- Nachweis, dass ein solches Lager die behördlich festgelegten Anforderungen an die Langzeitsicherheit erfüllt (**Sicherheitsnachweis**).

Die NAGRA beantragt dem Bundesrat, den von ihm verlangten Entsorgungsnachweis zu genehmigen und der Ausrichtung künftiger Untersuchungen im Hinblick auf ein geologisches Tiefenlager für hoch radioaktive Abfälle (BE/HAA/LMA) in der Schweiz auf den Opalinuston als Wirtgestein und auf das potenzielle Standortgebiet im Zürcher Weinland zuzustimmen.

Das Endlager für hoch radioaktive und langlebige mittelradioaktive Abfälle soll gemäss Antrag der NAGRA also in Benken und somit vor der Haustüre der Stadt Schaffhausen errichtet werden. Dies wäre für die mittel- und langfristigen Entwicklungsziele von Stadt und Kanton Schaffhausen selbstredend enorm belastend. Gerade die anvisierte einkommensstarke Bevölkerungsschicht, welche wir für einen Wohnsitz im Raum Schaffhausen gewinnen möchten, dürfte sich kaum in der Nähe eines Endlagers niederlassen wollen. Vielmehr könnten die sozio-ökonomischen Auswirkungen in Kombination mit künftig allfällig sich verschärfenden Problemen in den Randregionen der Schweiz - auch zusammen mit den Sparszenarien des Bundes - zur beschleunigten Entwicklung in Richtung A-Stadt (Billig-Standorte) führen.

Problematisch ist zudem, dass die eidgenössischen Parlamente mit ihren heutigen Mehrheitsverhältnissen im Rahmen des Kernenergiegesetzes die Mitsprache des Volkes mit der Begründung abgelehnt haben, es handle sich hier um eine nationale Aufgabe. Vielmehr soll sogar die wirtschaftlich unsinnige Wiederaufbereitung von Brennstäben auch in Zukunft zugelassen werden. Diese rücksichtslose Entmündigung dürfte vom Volk kaum hingenommen werden.

Jedoch auch die Energiewirtschaft bzw. deren Interessenvertreter müssen sich bewegen. Dies gilt es gerade im Zusammenhang mit den Kernkraftwerken zu berücksichtigen. Es sei daran erinnert:

- Uran und andere Spaltprodukte sind nicht vermehrbar und daher endlich.
- Die Schweiz besitzt keine abbauwürdigen Lager und ist somit wie bei den fossilen Brennstoffen vollständig vom Ausland abhängig. Es macht daher bezüglich Autarkie wenig Unterschied, ob Uranstäbe oder Strom aus Windanlagen aus dem Ausland importiert werden; eine Auslandabhängigkeit ist in jedem Fall gegeben.
- Selbst wenn das Risiko eines GAUs durch technische Massnahmen stark vermindert ist, bleibt immer ein Restrisiko bestehen, was bei Eintretensfall zu enormen wirtschaftlichen und gesundheitlichen Schäden führen kann.
- Die Entsorgungskosten für die radioaktiven Stoffe, wie sie in Benken gelagert werden sollen, sind hoch und dürften den Strompreis wesentlich verteuern.
- Die externen Kosten sind beim heutigen Strompreis aus Kernkraftwerken nicht einbezogen. Dadurch werden falsche wirtschaftliche Anreize gesetzt.
- Der Betrieb von Atomkraftwerken ist riskant und es widerspricht dem Kriterium der Zukunftsgerechtigkeit, wenn wir unseren Kindern auf Jahrtausende hinaus lebensbedrohliche Abfalllager hinterlassen.
- Die Atomkraftwerke schaffen wesentlich weniger Arbeit für das lokale Gewerbe, als dies die erneuerbaren Energieträger oder Massnahmen zur rationellen Energieverwertung oder zum Energie sparen tun.

Wie der Stadtrat schon zu einer früheren Motion von Christian Hablützel ausführte, erachtet er die Kernenergie - wegen kaum kalkulierbarer Folgekosten, der Auslandabhängigkeit und weil nicht erneuerbar - nicht als nachhaltig. Es macht daher wenig Sinn, weiterhin hoch radioaktive und langlebige mittelradioaktive Abfälle zu produzieren, die niemand will, und deren Bürde vor allem den zukünftigen Generationen auferlegt wird. Konsequenterweise müssten ein Szenario „Geordneter Ausstieg aus der Kernenergie“ formuliert und die energiepolitischen Ziele der Schweiz, auch bezüglich Forschung, neu definiert werden.

Es ist beispielsweise nicht einzusehen, weshalb die Schweiz die Brennstoffzellen-Technologie verschläft. Die heute von Sulzer-Hexis produzierten Brennstoffzellen gehen fast ausnahmslos nach Deutschland, wo der Wärme-Kraft-Koppelung wesentlich bessere Entwicklungschancen beigemessen werden als hierzulande. Brennstoffzellen produzieren mit hohem Wirkungsgrad dezentral Strom und gleichzeitig Abwärme, die zu Heizzwecken und zur Aufbereitung von Warmwasser eingesetzt werden kann. Mit der heute guten Erdgaserschliessung in Schaffhausen sind ideale Voraussetzungen für die Brennstoffzellen-Technologie gelegt. Wird Erdgas durch Biogas – zum Beispiel aus der Vergärung von organischen Abfällen – ersetzt, ist zudem eine gewisse CO₂-Neutralität erreicht.

Ich habe als Stadtpräsident zusammen mit dem Singener Oberbürgermeister Andreas Renner mit deutlichen Worten gegen das Endlager Benken und gegen die

Entmündigung des Volkes Stellung bezogen: „Leider siegte in den eidgenössischen Parlamenten letztendlich die Atomindustrie mit ihrem massiven Druck,“ so der Eindruck der beiden Stadtoberhäupter. Die entsprechende Stellungnahme haben Sie erhalten.

Zur Motion, die eine Widerstandskonferenz gegen das Endlager Benken einberufen will:

Diese ist aus Sicht des Stadtrates angesichts der eidgenössischen parlamentarischen Diskussionen und Mehrheitsverhältnisse materiell wenig Erfolg versprechend. Nicht desto trotz äusserte der Stadtrat mehrfach öffentlich seine Bedenken gegen ein Atomlager vor der Haustür der Stadt Schaffhausen. Dass der Stadtrat einem Beitritt zu IGEL positiv gegenüber stand, hat er bereits in seiner Motionsbeantwortung zur Endlagerung von hoch radioaktiven Abfällen in Benken festgehalten. Der Stadtrat stellte sich zudem mehrheitlich hinter die Initiative Moratorium plus, welche am 18. Mai 2003 zur Abstimmung gelangte. Da bin ich dem Schaffhauser Volk unendlich dankbar, dass es die gute Führungsarbeit des Stadtrates in dieser Frage honoriert hat. Es kann jedoch aus den dargelegten Gründen nicht Sache des Stadtrates sein - da trennen sich unsere Wege, Christian Hablützel -, den regionalen Widerstand der Kommunen gegen ein Endlager Benken zu koordinieren.

Obwohl der Stadtrat vom ökologischen Aspekt her viel Sympathie für die Motion Hablützel bekundet, möchte er an dieser Stelle auch einen gewissen Unmut darüber äussern, dass wir bezüglich politischen Standpunkten und dem technischen Ablauf vom Parlament gebunden werden. Dies stellt einen klaren Eingriff in die Unabhängigkeit des Stadtrates dar. Derart weitgehende Handlungsaufträge verletzen deshalb das Prinzip der Gewaltenteilung. Der Stadtrat würde einen weniger weit gehenden Handlungsauftrag, der die Gewaltenteilung respektiert, anstandslos und ohne zu murren, entgegennehmen. Zu denken ist etwa an einen Auftrag zur Unterstützung von lokalen und überregionalen Aktivitäten gegen das geplante Endlager in Benken.

Der Stadtrat beantragt Ihnen aus den genannten Gründen, die Motion in dieser Form nicht zu überweisen. Sie geht dem SR zu weit.

Der Stadtrat könnte es sich aber als Konsenslösung allenfalls vorstellen, die Motion in einer weniger weit gehenden Fassung entgegen zu nehmen. Keinesfalls sollte der zweitletzte Abschnitt mit dem konkreten Organisationsauftrag überwiesen werden. Da sind wir quasi nur noch der "Gang go" des Grossen Stadtrates.

Allfällige Änderungen müssten aber vom Motionär oder aus Ihren Reihen kommen. Ich bin gespannt auf die Diskussion."

Peter Wullschleger (CVP) Fraktionserklärung FDP/CVP *

"Ich hoffe, dass ich dem Stadtpräsidenten die "Gang go"-Rolle abnehmen kann mit meinem Vorschlag, den ich in der Tat gewillt bin einzubringen. Ob radioaktive Abfälle oder Fluglärm - mit vielen Folgeerscheinungen der Technik geht es uns wie Goethes Zauberlehrling, der da jammerte: „Herr, die Not ist gross! Die ich rief, die Geister, werd ich nicht mehr los!"

Auch die radioaktiven Abfälle, welche die Schweiz produziert, werden wir nicht los, ob uns das nun gefällt oder nicht. An dieser Tatsache kann auch der Motionär nicht vorbei schauen, auch wenn er nun innerhalb von 18 Monaten ein zweites Mal in gleicher Sache motioniert. Selbst wenn der Grosse Stadtrat die Motion dieses Mal überweisen sollte, mögen die Anwesenden beruhigt sein. Zum Thema Endlagerung von radioaktiven Abfällen dürfte noch lange nicht das letzte Wort gesprochen sein, was den Parteien weiterhin Anlass geben wird, sich politisch zu profilieren. Und weil das Endlager für hoch radioaktive Abfälle erst im Jahre 2030 betriebsbereit sein soll, bleibt dazu noch etwas Zeit.

Man kann gegenüber Atomstrom eingestellt sein, wie man will. Faktum ist, dass er noch einige Zeit durch die Leitungen fliessen wird. Die FDP/CVP-Fraktion kann deshalb die Augen vor der Notwendigkeit einer geordneten Lagerung atomarer Abfälle nicht verschliessen. Sie empfindet jedoch keine Sympathie für ein Endlager von hoch radioaktivem Sondermüll im Zürcher Weinland. Nicht anders ergeht es uns aber auch mit der Motion von Christian Hablützel. Wir sind zwar der Auffassung, dass dem Stadtrat in dieser Sache ein Mandat übertragen werden soll. Das kann aber nicht in der vom Motionär geforderten Form erfolgen.

Die mehrheitlich ablehnende Haltung unserer Fraktion gegenüber einem Endlager in Benken entspringt einer Mischung aus Unbehagen, ökologischen Vorbehalten, wirtschaftlichen Überlegungen und Trotz. Nicht wenige Fraktionsmitglieder vertreten die Meinung, dass es kaum möglich sei, die Sicherheit eines Endlagers über Jahrtausende beurteilen zu können. Bevor diese Gewähr aber nicht bestehe, sei es aus Rücksicht auf Umwelt und spätere Generationen nicht richtig, ein Restrisiko einzugehen. Zudem würde Schaffhausen als Wohnort und Wirtschaftsstandort mit einem Endlager gleich über dem Rhein an Attraktivität verlieren. Und letztlich gehe es nicht an, andere Standorte hinsichtlich eines Endlagers im als geeignet bezeichneten Opalinuston nicht genauer prüfen zu wollen, obwohl praktisch das gesamte Mittelland über solche geologischen Formationen verfüge. Kurz: Andere sollen auch ein Stück vom strahlenden Kuchen essen müssen. Aufgrund dieser Überlegungen gelangt unsere Fraktion zum Schluss, dass es nicht falsch ist, sich vorsorglich gegen ein Endlager in der Zürcher Nachbarschaft zu wehren.

Wir sind uns aber bewusst, dass unsere Vorbehalte gegenüber einem Endlager zum heutigen Zeitpunkt zum grossen Teil auf Emotionen und weniger auf einem rationalen Meinungsbildungsprozess beruhen. Die FDP/CVP-Fraktion hat sich jedenfalls noch nicht mit dem erst kürzlich erschienenen Schlussbericht der NAGRA auseinandergesetzt. Auch bei Christian Hablützel dürfte das kaum anders sein. Insofern erstaunt uns die Vehemenz, mit welcher er den Stadtrat beauftragen möchte, den Widerstand auf kommunaler Ebene zu organisieren. So will der Motionär letztlich dem Stadtrat vorschreiben, in welcher Form er Widerstand zu leisten habe. Das ist unseres Erachtens verfehlt, um so mehr, als insbesondere die Forderung nach einer Widerstandskonferenz an Unklarheit nichts zu wünschen übrig lässt. Meint der Motionär damit eine einmalige Veranstaltung, deren Wirkung rasch verpufft sein dürfte, oder eine permanente Institution, welche zu Kosten führen würde, die wohl einer Vorlage bedürften? Auch ein Beitritt der Stadt Schaffhausen zu IGEL ist aufgrund der einseitigen Sichtweise dieser Gruppierung kaum angezeigt. Der Motionär wirft den berühmten Bengel schlicht zu hoch.

Eine Versachlichung der Diskussion tut not, was auch aus den jüngsten Abstimmungsergebnissen in Sachen Atomstrom zwingend gefolgert werden muss. Bemerkenswert ist auf jeden Fall, dass der Bezirk Andelfingen beide Vorlagen abgelehnt und selbst die Gemeinde Benken keiner der beiden Atominitiativen zugestimmt hat. Das Gleiche gilt auch für den Kanton und mit einer kleinen Einschränkung für die Stadt Schaffhausen. Wenn sich schon die von einem Endlager unmittelbar bedrohte Region nicht klar gegen die Verwendung von Atomstrom ausspricht, erscheint es nicht angebracht, den Stadtrat durch äusserst strikte Massnahmen in seinem politischen Handlungsspielraum einzuengen. Weiterhin Atomstrom zu nutzen, aber beinahe schon militant gegen ein Endlager einzustehen, würde höchstens das Axiom belegen, dass das einzig Konsequente am Menschen seine Inkonsequenz ist.

Die FDP/CVP-Fraktion kommt aufgrund dieser Überlegungen zu folgendem Befund: Aus heutiger Sicht können wir in einem Endlager im Zürcher Weinland für die Region Schaffhausen einige Nachteile, aber noch keine Vorteile erkennen. Nachdem bekanntlich Vorsicht die Mutter der Porzellankiste ist, vertreten wir die Auffassung, dass der Stadtrat die Entwicklung bezüglich eines Endlagers in Benken kritisch im Auge behalten und die Möglichkeit haben soll, in Zusammenarbeit mit dem Kanton die erforderlichen Schritte zur Wahrung der Interessen der Stadt Schaffhausen einzuleiten. Insbesondere dieses - auch vom Motionär verlangte - koordinierte Vorgehen mit dem Kanton erachten wir unter dem Titel „Ökonomie der Kräfte“ und „Vermeidung von verwirrenden Doppelspurigkeiten“ als angezeigt. Welche weiteren Massnahmen der Stadtrat jedoch für geeignet hält, möchten wir ihm überlassen.

Dem vorliegenden Wortlaut der Motion Hablützel kann die FDP/CVP-Fraktion deshalb nicht zustimmen. Indessen anerkennen wir, dass es bezüglich eines Endlagers von hoch radioaktiven Abfällen Aufgabe des Stadtrates ist, die Interessen der Stadt Schaffhausen aktiv wahrzunehmen.

Im Sinne eines Gegenantrages machen wir deshalb den Motionären folgenden Motionstext beliebt:

„Der Stadtrat wird beauftragt, in der Frage eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle in Benken eng mit dem Kanton zusammenzuarbeiten und für die Interessen der Stadt Schaffhausen mit allen geeigneten Massnahmen einzutreten.“

Zum Schluss und am Rande sei der Hinweis erlaubt, dass sich diese Formulierung samt Begründung ohne weiteres auch auf das Thema „Fluglärm“ übertragen liesse. Die Frage ist nun: Wer schreibt die Motion?"

Christian Meister (SVP) Fraktionserklärung *

"Wir von der SVP sind auch grossmehrheitlich der Meinung, dass wir uns im gegenwärtigen Zeitpunkt „Benken“ nicht leisten können, und deshalb natürlich auch wachsam sein müssen, dass Benken dann eines Tages nicht einfach so als Standort ausgewählt wird, weil der Widerstand dafür in dieser Region am geringsten ist.

Aber über das „Wie“ sich wehren, darüber haben wir eine etwas andere – und sicher nicht so Kampf betonte - Ansicht.

Wir sind der Meinung, dass es nicht Aufgabe der Stadt sein kann, eine Widerstandskonferenz zu organisieren, sondern dass es Aufgabe des Kantons und unserer eidgenössischen Räte ist, sich dafür einzusetzen, dass einerseits mehrere Standorte zur Auswahl für ein Endlager von hoch radioaktivem Sondermüll in der Schweiz zur Verfügung stehen, und vor allem, dass unsere kantonale Regierung und unsere eidgenössischen Räte sich auch gegen die wirtschaftlichen Folgen und die Bedrohung der Region als hochwertigem Lebensraum, im Rahmen unserer politischen Möglichkeiten wehren müssen.

Wir lehnen deshalb dieses radikale Vorgehen ab, können aber einer Textänderung, wie sie Peter Wullschleger formuliert hat, zustimmen. Wir bitten Sie deshalb, sich zu überlegen, ob Sie den Text nicht abändern wollen."

Bernhard Egli (OeBS) Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB *

"Ich möchte nicht in die Details gehen, wir haben ja schon mehrmals dieses Thema diskutiert. Auch im Kantonsrat wurde darüber ausgiebig diskutiert. Die Ausführungen des zuständigen Regierungsrates kann man wissenschaftlich nachlesen.

Die Abklärungen bis zum Entscheid des Bundesrates dauern etwa 2 Jahre. Es kann auch noch länger gehen. Heute geht es darum, Druck zu machen, um das Recht der hiesigen Bevölkerung auf seriöse Abklärungen zu unterstreichen. Entscheide sollten nicht wie bei den Anflugschneisen zum Flughafen "Unique" den Weg des geringsten Widerstandes gehen und der Standort sollte nicht einfach an den Rand der Schweiz abgeschoben werden.

Nur unter politischem Druck werden - wie es wissenschaftlich gefordert ist - diese Bedingungen erfüllt werden.

Ich nenne als Beispiel die Feststellung von Professor Rudolf Trümpy vom Geologischen Institut der ETH Zürich, welcher anlässlich eines Interviews mit dem TA gesagt hat: "Resultate einer einzigen Bohrung genügen nie." Dies bezieht sich nicht nur auf einen Standort, sondern impliziert auch die Notwendigkeit, an verschiedenen Standorten Bohrungen vorzunehmen, damit eine Abwägung möglich wird.

Noch ein Zitat: "Allein die Tatsache, dass der Durchmesser der Bohrung in der Tiefe nur etwa 6 cm beträgt, sich ein Endlager jedoch über ein Gebiet von vielleicht etwa einem km² erstrecken wird, zeigt überdies, dass die Resultate einer einzelnen Bohrung nie für eine endgültige positive Beurteilung genügen können."

Auf die Frage des Journalisten, ob es sinnvoll wäre, wenn auch die Gemeinden verlangen würden, dass die Bohrresultate öffentlich zugänglich sind, hat Professor Trümpy damals geantwortet: "Das wäre durchaus wünschbar und möglicherweise auch sehr wirkungsvoll."

Genau darum geht es; es braucht politischen Druck, damit alle wissenschaftlichen Arbeiten, welche mehr als eine halbe Milliarde Franken gekostet haben, seriös überprüft werden. Der Bundesrat und seine Verwaltung haben dafür 2 Jahre Zeit.

Die Schweiz braucht mehrere Standorte zur Evaluation. Sie braucht sozio/ökonomische Parameter. Sie braucht Langzeitstudien auch der u.a. seismischen Sicherheit von möglichen Standorten.

Unsere Fraktion unterstützt die Motion. Wir sind aber auch der Meinung, dass eine offenere Formulierung sinnvoller ist. Der Stadtrat hat signalisiert, dass er sehr willens ist, gegenüber dem Endlagerstandort Benken kritisch aufzutreten und dies insbesondere zusammen mit anderen Kommunen und dem Kanton SH und Baden-Württemberg tut.

Es geht darum, die laufenden wissenschaftlichen Arbeiten und politischen Abklärungen kritisch zu begleiten."

Walter Hotz (FDP), 1. Vizepräsident Votum *

"Warum sind wir Parlamentarier? Warum sitzen wir im Großen Stadtrat? Sitzen wir hier, um mit möglichst populistischen Statements die Wiederwahl zu sichern? Sitzen wir hier, um egoistisch unsere Interessen zu vertreten und alles rund herum zu vergessen? Oder sitzen wir hier, um im besten Sinne das Gemeinwohl zu fördern, unsere Stadt, unser Land, Europa, vielleicht die ganze Welt ein wenig besser zu machen?"

Herr Hablützel und alle Befürworter, Sie rufen zum Widerstand auf. Was sind Ihre Alternativen?

Wir suchen im Tessin nach einem Standort, möglichst weit weg von uns, oder in Genf, oder im Wallis - egal wie gut die Gesteinsbedingungen sind, Hauptsache ein paar Hundert Kilometer entfernt. Weg mit dem Zeug!

Oder wir schicken den Abfall nach Rumänien. Sollen die selber sehen, was sie daraus machen. Aus dem Auge, aus dem Sinn, und wenn wir zusammen mit den Fässern noch ein paar Millionen Franken schicken, ist es auch egal, wenn sie es dort mit der Sicherheit nicht so genau nehmen.

Oder wir können das Material in den Weltraum schießen. Am besten in Sibirien. Wenn die Rakete explodiert, werden ja höchstens ein paar russische Bauern verstrahlt.

Wo ist die staatsbürgerliche Verantwortung geblieben? Wo ist der Stolz geblieben und die Bereitschaft, etwas für unser Vaterland zu tun? Wo ist die globale Perspektive? Wo ist der Wille, nicht nur für sich, sondern auch für andere zu denken?

Immer öfter hört man davon, dass es unserer Gesellschaft an Leistungs- und Opferbereitschaft mangelt, dass die Jugend nicht mehr bereit sei, etwas für die Gesellschaft zu tun, dass die Wirtschaftsbosse nur noch abzocken und ihnen der Staat und das Gemeinwohl egal seien.

Leider stimmt das, und wir müssen etwas dagegen tun. Aber wie können wir etwas dagegen tun, wenn wir selber egoistisch sind, wenn wir zum Widerstand aufrufen, ohne eine bessere Lösung zu haben?

Vielleicht bin ich ja ein naiver Phantast, und von einem Grossen Stadtrat ohne Egoismus zu träumen, ist eine heillose Utopie. Damit kann ich leben.

Schlimm wird es aber dann, wenn mit Scheinanalysen und unwahren Behauptungen versucht wird, die Leute zu überzeugen.

Mit grossem Trara wurde behauptet, Opalinuston sei nicht dicht. Das Öko-Institut Darmstadt hätte es herausgefunden, im Auftrag der Gruppe "Bedenken". Wissenschaftliche Fähigkeiten wurden angezweifelt, die Reputation der NAGRA zu einem grossen Teil für immer diskreditiert. Doch dann am 8. Mai das Dementi: "Opalinuston ist dicht, wir haben uns geirrt." Es wurde nun doch seriös gearbeitet.

Wenn zum offenkundigen Egoismus auch noch Lug und Trug hinzukommt, dann hört für mich der Spass auf.

Liebe SP und Befürworter, anstatt Hand zu bieten für eine Lösung, unvoreingenommen mitzuarbeiten und etwas für unser Land zu tun, geben Sie sich der Versuchung des Populismus hin. Sie alle verhalten sich unethisch, und sind für all jene ein grossartiges Vorbild, denen soziale Verantwortung ein Fremdwort ist und Eigennutz das höchste Ziel.

Radioaktive Abfälle sind vorhanden. Aus der Kernenergie kann ausgestiegen werden, aus der Entsorgung nicht.

Bedenken Sie auch, dass der Opalinuston auf die Dauer stabiler ist als unsere Gesellschaft.

Ich bitte Sie, der Motion Hablützel nicht zuzustimmen."

Hans Peter Huber (SVP) Votum

"Auch ich bin der Meinung, dass das Lager in Benken und die Arbeit der NAGRA sehr kritisch beobachtet und begleitet werden muss. Ich bin aber nicht ganz sicher hinsichtlich der wirtschaftlichen Auswirkungen, wie sie auch vom SR jetzt beschrieben wurden.

Sie kennen das Zwischenlager Würenlingen, wo zur Zeit der atomare Abfall gelagert wird. Das geschieht grösstenteils oberirdisch. In unmittelbarer Nähe befindet sich das nationale Forschungszentrum. Nicht weit davon entfernt stehen die AKW Beznau I und II und Leibstadt. Die Region Würenlingen und Umgebung hat aus dieser Situation keine wirtschaftlichen Einbussen erlitten.

Über den Opalinuston, die Lagerkapazität und die Mängel des Lagers Benken haben wir uns bereits bei der Behandlung der ersten Motion von Chr. Hablützel eingehend unterhalten.

Was ist neu bei dieser Motion vom 2. März 03? Die Gegner des Lagers haben ein fragwürdiges geologisches Gutachten vorgelegt, welches zum Entscheid des Kantonsrates beigetragen hat. Der 18. Mai 03 ist auch neu. Weshalb haben die betroffenen Gemeinden Benken und Umgebung nicht Ja gesagt zu den beiden Anti-Atomvorlagen? Wenn diese Gemeinden zugestimmt hätten - wenn auch nur knapp - dann würde ich aus gutnachbarschaftlichen Gründen heute dieser Motion zustimmen. Das haben diese Gemeinden aber nicht getan.

Die AKW im Betrieb bereiten mir grössere Sorgen als die Lagerung der Abfälle. Ich bin der Meinung, dass der SR nicht an vorderster Front gegen das Endlager in Benken kämpfen, sich aber - wie Peter Wullschleger uns vorgeschlagen hat - aktiv mit den umliegenden Gemeinden und dem Kanton am Geschehen interessieren sollte."

Thomas Hauser (FDP) Votum

"Ich möchte den Motionär auch bitten, sich dem Text von Peter Wullschleger anzuschliessen. Dies aus einem einfachen Grund. Das Wort Opalinuston ist für mich ein Reizwort. Wenn bei vielen Leuten beim Opalinuston die heiligen Glöcklein der Sicherheit läuten, dann schellen bei mir die Alarmglocken. Wir haben schon einmal in unmittelbarer Nähe von Schaffhausen mit Opalinuston gespielt. Der Opalinuston ist wirklich undurchlässig. In der Multikomponenten-Deponie "Pflumm" haben wir uns die Opalinustonschicht zu Nutzen gemacht. Was ist aber passiert? Sie Sauerei lief nicht unten heraus, sondern sie kam oben heraus. Man musste eine Kläranlage hinstellen. Der Krebsbach - gefüllt mit Flusskrebselein - hat keine Flusskrebse mehr in Richtung Schleithem. Mit Opalinuston haben wir in Schaffhausen nur schlechte Erfahrungen gemacht. Machen wir das nicht ein zweites Mal! Deshalb würde ich der Motion zustimmen, Herr Motionär, wenn Sie den Text abändern."

Iren Eichenberger (OeBS) Votum

"Am liebsten möchte ich am Anfang meiner Ausführungen gerne etwas aus dem Manuskript von Christian Meister zur Erdgas-Vorlage zitieren. Er hat dort ein paar ganz wichtige Dinge über Sicherheit und die Sorge um die Gesundheit der Menschen gesagt. Was er dort gesagt hat, trifft auch hier zu. Es geht grundsätzlich um die Sicherheit, welche wir über eine Zeit von 1 Mio Jahre oder mehr gewiss nicht gewährleisten können. Das ist das Grundproblem aller Endlagerungen. Nun haben wir aber diesen Dreck, und wir müssen ihn irgendwie vergraben. Es wurde jetzt verschiedentlich die Forderung nach mehr Standortabklärungen erhoben. Diese Forderung unterstütze ich massiv, weil ich bei einem Vortrag, der anfangs Mai hier in der Rathauslaube stattfand, gut zugehört habe. Der Verfasser der Gegenstudie zum NAGRA-Bericht, Gerhard Schmid, hat mir sehr deutlich klar gemacht, dass wir uns selber ein Ei legen, wenn wir uns hier nicht ordentlich um eine exakte und vor allem transparente und nachvollziehbare Abklärung kümmern."

Er sagt nämlich, dass die Schweiz aufgrund internationaler Anforderungen nie und nimmer einfach wird sagen können, jener und jener Standort ist nicht geeignet und dieser ist geeignet. Früher oder später werden wir zum Schluss kommen, dass wir eine internationale Lösung suchen müssen, was vielleicht gar nicht das Dümme wäre. Ich meine damit nicht eine faule Abschiebepolitik, sondern eine seriös abgeklärte und die Sicherheitskriterien erfüllende Anlage. Wenn wir je so etwas ins Auge fassen wollen, dann müssen wir es sehr seriös dokumentieren können, weshalb die Standorte in der Schweiz nicht genügen und wir eine internationale Lösung wollen.

Den heute Abend gehörten Vorwurf, die NAGRA habe die demokratischen Spielregeln nicht eingehalten, teile ich. Es ist nie möglich, dort ein Endlager zu bauen, wo kein Konsens mit der Bevölkerung zustande kommt. Diese Einschätzung - so scheint es zumindest - wird inzwischen auch von Vertretern der NAGRA geteilt (Äusserung von Herrn Fritschi anlässlich des erwähnten Vortrages in der Rathauslaube). Diese Demokratiefrage darf man nicht unterschätzen."

Roland Schöttle (FDP) Votum

"Ich kann mir nicht vorstellen, dass man die Bedenken, die von der grossen Mehrheit der Ratsmitglieder zu diesem Thema angemeldet werden, als populistische Statements abtun kann. Ich habe damit Mühe, Walter Hotz. Es ist verbreitet eine Sorge um die Entwicklung unserer Region; dies ist zu respektieren."

Vielleicht müsste man viel eher sagen, dass die Haltung, die Du hier vertreten hast, eine NAGRA-populistische, vielleicht kurzfristige Haltung ist und Du der Propagandawelle der NAGRA erlegen bist. Ich meine, dass die Grossregion Benken - da lässt "Schaffhausen plus 50" (ein Slogan, den ich einmal in einem anderen Zusammenhang geprägt habe) grüssen - Widerstand leisten muss gegen dieses zur Zeit als einziges deklariertes mögliches Endlager. Es darf nicht ein erstmöglichster, sondern es muss ein bestmöglicher Standort evaluiert werden. Aus diesem Grund ist es angebracht, dass man in dieser Situation aktiv wird. Wir sind das unserer Region tatsächlich schuldig. Ich kann mich den Gedanken von Iren Eichenberger anschliessen. Wenn je etwas auf diesem Planeten global gelöst werden soll, dann muss dieses Problem global überdacht und gelöst werden. Das wäre ein ebenso interessantes Thema wie die Öffnung der Märkte, das angegangen werden sollte, wenn sich die Weltmächte wie in Evian treffen. Es gibt auf der Welt viele Orte, die nicht so dicht besiedelt sind, die vermutlich oder evtl. ebenso gute Endlagerqualitäten wie die Qualität unseres Opalinustons aufweisen würden - das müsste geprüft werden.

Ich bitte den Motionär, sich dem Vorschlag von Peter Wullschleger anzuschliessen, um damit dem SR einen Auftrag geben zu können, aktiv in der Region nach seinem Empfinden und nach seinen Einschätzungen tätig zu werden."

Peter Neukomm (SP) Votum

"Ich möchte meine Freude zum Ausdruck bringen über den Sinneswandel, welchen offensichtlich die Mehrheit der bürgerlichen Fraktion seit unserem letzten Vorstoss durchgemacht hat. Da hat der Kantonsrat sicher etwas Pate gestanden. Darüber bin ich froh, auch wenn die Begründung von Peter Wullschleger etwas gewunden daher kam, wonach er keine Vorteile eines Endlagers in Benken sehe und dass unsere Region etwas an Attraktivität verlieren würde.

Stadtpräsident Marcel Wenger hat es richtig gesehen. Wenn hoch radioaktiver Abfall vor unserer Haustüre versenkt würde, dann verliert nicht nur diese Stadt an Attraktivität. Dann wäre das für den Wohn- und Wirtschaftsstandort Region Schaffhausen der "Supergau". In diesem Sinn danke ich Roland Schöttle, dass er auch sieht, dass man frühzeitig den Fuss in die Tür stellen muss, wie wir das mit unserem Vorstoss eigentlich vorhatten. Über die Formulierung kann man noch diskutieren. Da wird unser Motionär sicher einlenken.

Peter Neukomm geht schliesslich noch kurz auf das Votum von Hans Peter Huber ein. Es bedeute sicher nicht das Aufkündigen der freundschaftlichen Beziehung, nachdem am 18. Mai in der Atomfrage unterschiedlich abgestimmt wurde. Hoch radioaktiver Abfall strahlt über Jahrtausende über Gemeinde-, Kantons- und Landesgrenzen hinweg. Von daher haben wir auch die Legitimation, unsere eigenen Interessen und diejenigen der Region wahrzunehmen.

Zum Votum von Walter Hotz hat Roland Schöttle alles gesagt. Das Votum hat den Votanten selbst disqualifiziert."

Christian Hablützel (SP) Schlusswort des Motionärs

"Ich bin natürlich hochofret, offensichtlich ist das Thema aktuell. Ich habe meines Erachtens nicht den Bengel zu hoch geworfen, sondern ich habe nach den Sternen gegriffen. Ich wollte den SR nicht zum "Gang Go" machen.

Ich habe anlässlich der Diskussion festgestellt, dass es Sinn macht, den Motionstext so abzuwandeln, wie ihn Peter Wullschleger vorgeschlagen hat. Ich vertraue dem Stadtrat in der heutigen Situation voll und ganz, dass er mit der Legitimation, die Interessen wahrzunehmen, den richtigen Weg beschreitet. Deshalb finde ich es nicht nur politische Vernunft, sondern auch sachdienlich, wenn man den Text so abändert und ihm so zustimmt.

Ich möchte mir aber trotzdem vorbehalten, bei anderer Gelegenheit wieder einmal emotional zu werden. Ich habe in der Zeitung letzte Woche - das meine ich mit *undemokratisch* von der Depeschagentur (sda) folgende Nachricht gelesen. Da steht, wir hätten jetzt Brennstäbe - Mox-Brennelemente - welche 50 Jahre zum Auskühlen benötigen. Daher könne man die Inbetriebnahme eines geologischen Tiefenlagers bis 2050 verschieben. Es steht wörtlich: "Was die Entsorgung der schwach- und mittelaktiven Abfälle angeht, soll ebenfalls bis Jahresende ein neues Konzept für das weitere Vorgehen vorliegen. Es wurde nach der Ablehnung des Sondierstollens am Wellenberg im letzten September nötig. Eine mögliche Entsorgung in einem Lager Benken ist nicht von der Hand zu weisen, nachdem Bohrungen der NAGRA eine mächtige Opalinustonsschicht erbrachten."

Der Motionär kritisiert einerseits den Umstand, dass nun Benken möglicherweise als Lager erhalten muss, weil in Wellenberg Widerstand erwachsen ist, andererseits will man im Fall Benken die Bevölkerung von der Entscheidung ausschliessen. Widerstand ist ein demokratisches Mittel; er führt zu einer Auseinandersetzung, woraus schliesslich die bestmögliche Lösung resultieren soll.

In diesem Sinne bedanke ich mich für die angeregte Diskussion und bin gespannt auf das Abstimmungsergebnis."

Stadtpräsident Marcel Wenger

"Der SR kann mit dem geänderten Motionstext ebenfalls leben. Er bedankt sich für das Vertrauen, das Sie ihm entgegen bringen. Das Ungerechte am neuen Kernenergiegesetz ist eben schon, dass sich die früher in der Evaluation befundenen Standorte haben wehren können, und sich Benken jetzt als im Moment noch einzig übrig gebliebener Standort nach dem Gesetz nicht mehr wehren kann. Das macht mir zu schaffen.

Was Hans Peter Huber gesagt hat, ist schon richtig. Würenlingen lebt gut. Aber sie lebt eben schon seit Jahrzehnten von der Kernenergie, von der Atomwirtschaft. Die Region ist massiv gewachsen mit den KKW und dem Forschungszentrum, wo Arbeitsplätze geschaffen wurden, zum Teil mit Geldern, die wir als Stromkonsumenten an die AKW über den hohen Strompreis mitbezahlt haben. Wir waren bisher immer nur Nettozahler. Mich stört, wenn wir jetzt als Nettozahler auch noch zur Kasse gebeten werden bei der sozio-ökonomischen Verschlechterung unseres Standortes."

An dieser Stelle verliest der **Ratspräsident** noch einmal den Änderungsantrag von Peter Wullschleger (CVP)

„Der Stadtrat wird beauftragt, in der Frage eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle in Benken eng mit dem Kanton zusammenzuarbeiten und für die Interessen der Stadt Schaffhausen mit allen geeigneten Massnahmen einzutreten.“

ABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat überweist die Motion mit 44 : 1 Stimmen mit dem vorerwähnten, geänderten Wortlaut.

Das Geschäft ist erledigt.

An dieser Stelle bricht der **Ratspräsident** die Beratung der heutigen Traktandenliste ab und schliesst die Sitzung.

Der Ratssekretär:

René Gisler

Nächste Ratssitzung: Dienstag, 17. Juni 2003, 17.00 Uhr

